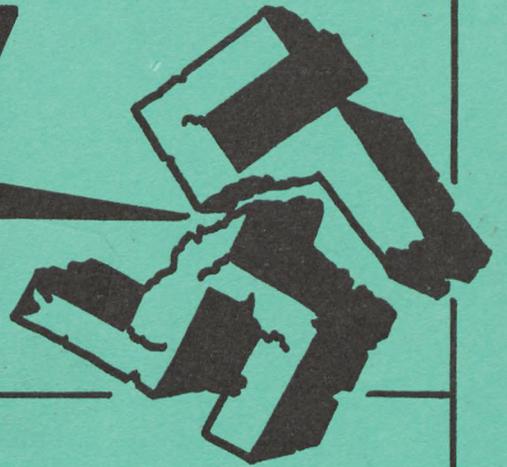


# Antifaz

Antifaschistische Zeitung



**ANTIFA-BEWEGUNG**

**RATLOS ?**



**FÜNF JAHRE  
ANTIFAZ!**

**FAP INTERN!**

HEFT 29 MAI/JUNI 1991

6. JAHRGANG

DM 2,00

## In diesem Heft:

Einleitung	S. 3
Fünf Jahre AntifaZ	S. 4
FAP-Intern	S. 9
Gemeint sind wir alle	S.12
Antifa-Info	S.14
Berliner Compagnie: Die Aussiedlerin	S.16
Buchbesprechung. "Geschätztes Leben"	S.19
14. landesweite Antifa-Konferenz NRW	S.22
VVN-BdA in der Krise-Teil III	S.25
Buchbesprechung: "Moor und Heide ringsumher"	S.28
Antifa-Ratschlag Kreis Recklinghausen	S.31
Impressum	S.32
Wird Ratlosigkeit zum Prinzip ?	S.34
Antifa-Kalender 1992	S.36
Jugendweihe in Duisburg	S.37
Aktionen der Roma-Initiativen NRW	S.38
Leserbrief	S.39
Treffen ehemaliger Moorsoldaten	S.40

## Verkaufsstellen:

## Dortmund

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Checoolala
- Cafe Samowar
- Taranta Babu Buchladen
- Litfaß-Buchladen
- Erpel

## Herne

- Sonne
- Kornmühle
- Informationszentrum 3. Welt

## Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübelken
- Grünes Büro

## Bochum

- "Notstand" im Uni-Antiquariat

## ANZEIGE

## Straßencafé



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4800 Dortmund 1

## Münster

- Cafe Malik
- Cafe Prütt
- Frauenstr. 24
- Litfaß
- Themroc

## Marl

- Bücherladen

## Herten

- Büchereule

## Duisburg

- Buchhandlung "Weltbühne"

## Marburg

- Buchladen "Roter Stern"

## Gladbeck

- Annes Naturkostladen

# EINLEITUNG

**"Fünf Jahre AntifaZ"** - das scheint uns schon wert, in einem **Rückblick** auf die "Geschichte" dieser Zeitschrift einzugehen.

Ansonsten kommt diese Ausgabe zu einem Zeitpunkt heraus, wo zum Jubeln nun aber auch gar kein Anlaß ist - die Verbrechen an den Kurden und unsere jetzt noch deutlicher werdende Schwäche - das prägt auch unsere Arbeit.

Über die Schwächen und "Krisen" auch der antifaschistischen Bewegung wird daher auch in manchen Orten nachgedacht, so auf der **Antifaschistischen Stadtkonferenz** in Bochum, auf dem **Antifaschistischen Ratschlag** im Kreis Recklinghausen und auch auf der **Landesweiten Antifa-Konferenz für NRW in Aachen** am 11. Mai.

Auf die Probleme der Antifa-Arbeit geht auch ein Artikel von **Bernhard Strasdeit** aus Stuttgart ein, der sich fragt:

**"Wird Ratlosigkeit zum Prinzip?"**

Auch der 3. Teil von Artikeln über die **VVN-Bund der Antifaschisten** beschäftigt sich mit krisenhaften Entwicklungen - er fordert zur Diskussion auf über den Zustand dieser Organisation.

Wie in der vergangenen Ausgabe angekündigt, beginnen wir mit einer **Artikelserie über die "Freiheitliche Arbeiterpartei" (FAP)**. Es sollen möglichst viel interne Informationen über diese Organisation recherchiert werden - wir bitten gerade bei dieser Aufgabe um Informationen und Hinweise von unsern LeserInnen.

Wie angekündigt, auch zwei neue Buchbesprechungen, das Buch von **Heinz Hentschke, Moor und Heide ringsumher** sowie das Buch von **O. Tolmein, Th. Degener, Geschätztes Leben**.

Noch nicht in der Lage sind wir, die **Fragebogenaktion** über die AntifaZ auszuwerten, bisher liegen erst etwa 15 Antworten vor.

So, wir hoffen, mit dieser Themenauswahl einigermaßen Euer Interesse getroffen zu haben.

Vorankündigen wollen wir auf jeden Fall, daß in der kommenden Ausgabe eine ausführliche Berichterstattung von einer Reise nach **Kurdistan** stehen wird, welche eine Bochumer Mitarbeiterin uns zukommen läßt.

Für heute, trotz dieser elenden Zeiten, Euch allen herzliche Grüße,

Eure

AntifaZ-Redaktion

# FÜNF JAHRE ANTIFAZ - EIN RÜCKBLICK

Im Mai 1986 erschien als "Antifaschistischer Nachrichtendienst aus Recklinghausen" zum ersten Mal die ANTIFAZ. Fünf Jahre sind seitdem vergangen, und mit der vorliegenden Ausgabe Mai 1991 "feiern" wir also unser "fünfjähriges Jubiläum". Doch wie Ihr sicher schon vermutet habt, ist gerade in der augenblicklichen Zeit bei kaum einem/r Lust zum Feiern zu spüren. Zu deutlich sind die Zeichen in der Welt Ausdruck von Niederlagen, vor allen weiteren die, die zur Zeit das kurdische Volk zu ertragen hat, schmerzlich und beschämend, wie wenig an Solidarität und Unterstützung in unserem Land zustandekommt.

Doch soll dies keine Kritik an der Menschen hierzulande sein, es ist auf der Hand liegend, daß die Herrschenden zur Zeit gewaltig "das Sagen haben". Die spontan breite Antikriegsbewegung konnte in so kurzer Zeit zu keiner politischen Tiefe finden. Die "deutsche" Misere nimmt mit riesigen Schritten ihren Lauf und wirft ihre Schatten voraus. Berücksichtigt man die allgemeine Entwicklung in Deutschland, so dürfte vermutlich allein die Tatsache, daß die AntifaZ nach fünf Jahren immer noch, und zwar regelmäßig, erscheint, ein kleiner Erfolg sein. Auch glauben wir nach wie vor, daß wir mit unserer Groborientierung "auf dem richtigen Weg" sind. Doch nun ein kleiner Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre.

## Aus der Anfangsphase

In der Einführung zur ersten Ausgabe hieß es:

"Wir, die Redaktion der ANTIFAZ, bestehend aus Mitgliedern des Antifa-Forums RE, haben uns zusammengeschlossen, um regelmäßig über die Aktivitäten der Faschisten in RE und Umgebung zu informieren. Natürlich berichten wir auch als Sprachrohr des Forums über dessen Arbeit."

Lang ists her, möchte man sagen. Inzwischen gibt es in RE seit Jahren kein Antifa-Forum mehr, eine ganze Reihe von Initiativen, dies erneut ins Leben zu rufen, scheiterten regelmäßig. Doch ist dies vermutlich keine spezifische Recklinghäuser Besonderheit: allen Orten scheint es in den vergangenen Jahren mit den antifaschistischen Aktionen zurückgegangen zu sein, die ehemalige Breite und zeitweilige Stärke dieser Bewegung ist zur Zeit nicht vorhanden.

Erinnern wir uns: 1987 fand in NRW, damals noch organisiert durch den "Koordinationsausschuß der antifaschistischen Initiativen" u.a. eine breite Kampagne zum **Verbot der FAP** statt. Die FAP, damals zur Nachfolgerin der 1984 verbotenen ANS/NA avanciert,



wurde von breiten Teilen der Bevölkerung als die brutalste, am deutlichsten faschistisch orientierte Partei bekämpft, ein Verbot schien tatsächlich kurz bevorzustehen.

Doch schon zum damaligen Zeitpunkt gab es ernste Differenzen innerhalb der

Antifa-Bewegung: War es durch die zunehmende Zusammenarbeit der Ruhrgebietsinitiativen insbesondere bei praktischen Kämpfen wie Verhinderungsversuchen von Nazi-Aktionen jeglicher Art zu einer immer stärkeren Koordination der Arbeit und zur Bildung des "koordinationskreises der Antifaschisten im Ruhrgebiet" gekommen, so wurde relativ von oben herab durch die Installierung einer "Landesweiten Initiative zum Verbot der FAP" den vielen örtlichen Gruppen ziemlich willkürlich ein Organisationsrahmen übergestülpt. Drahtzieher dieser wie vieler ähnlicher Aktionen: Die DKP, vertreten hier durch ihre Funktionäre in der VVN-BdA. Gestützt auf ihren (damals noch) äußerst effizient und schnell arbeitenden Apparat, versuchte sie, ähnlich wie sie das bei der Friedensbewegung schon durchgezogen hatte, die "Führung" über die Antifa-Bewegung zu übernehmen. Dies gelang allerdings in der Antifa nur zum Teil, führte jedoch schon früh zur Abspaltung eines beträchtlichen, nämlich des sogenannten autonomen Teil der Bewegung.

**AntifaZ**  
Antifaschistische Zeitung  
FÜR DEN KREIS RECKLINGHAUSEN D.  
Verbot der F.A.P.

Heft 8 Sept. 1987 DM 1.00

**Die Grauen Wölfe**  
- jetzt auch in RE ??

weitere Themen:  
Interview mit  
RE-Bürgermeister  
Jochen Welt

Demo gegen  
NF-Zentrum  
in Bielefeld

Bürgerinitiative  
„Auslanderhaß“

Die AntifaZ als damaliges Sprachrohr des Recklinghäuser Antifa-Forums unterstützte die Verbotskampagne natürlich nach Kräften. Positiv aus dieser Anfangszeit wollen wir hervorheben, daß die Zeitschrift sich von Anfang an nicht

als "Ein-Punkt"-Unternehmen verstand. Schon in der ersten Ausgabe wird beispielsweise breit über den Terror der Recklinghäuser Polizei gegenüber den damaligen Punks in RE berichtet, was zeitweilig auch zu einigen gemeinsamen Aktionen von Punks und Antifas beitrug.

Wobei dieser Beitrag sicher bescheiden war, erschien die Zeitschrift doch sehr unregelmäßig, in damals noch geringer Auflage. Allerdings war sie auch billiger, nämlich 50 Pfennig für ein Exemplar von 16 Seiten im Din5-Format.

### Ein Schritt nach vorn

Ein Jahr später, im Juli 1987, erschien mit dem Heft 7 die Zeitschrift zum ersten Mal im größeren Din4-Format. Das war nur möglich, weil sich schon in den Ausgaben vorher angedeutet hatte, daß die Zeitschrift sich einem breiterem Themenkreis öffnete und auch ein wachsendes Interesse hervorrief. So war die Sonderausgabe zum 1. Mai 1987 auf großes Interesse gestoßen, sicher auch hervorgerufen durch die breiter werdende Informationstätigkeit der Zeitschrift.

Politisch stand diese Zeit ganz im Zeichen der Aktionen zum "Volkzählungsboykott", die AntifaschistInnen in NRW verhinderten durch breit angelegte Aktionseinheiten zahlreiche Male nacheinander den **Landesparteitag der NPD**, insgesamt war unter den AntifaschistInnen durchaus eine zuversichtliche und kämpferische Stimmung spürbar.

Dieser Optimismus spiegelt sich auch in der AntifaZ wider, so heißt es beispielsweise in der Sonderausgabe: "Es gilt daher, den politischen Widerstand so auszudehnen, daß die erwähnten Gesetze (gemeint sind die alliierten Kontrollratsbeschlüsse von 1945, die das Verbot jeglicher Neuformierung faschistischer Organisationen beinhalten) wieder Grundlage der gesamten Rechtsprechung werden."

Vergleichen wir diese Perspektive mit unserer heutigen Situation, wird der Unterschied schnell klar.

Wie erwähnt, wurde mit dem Heft Nr. 7/1987 der Umfang und der Anspruch der AntifaZ erweitert. Auf nunmehr 40 Seiten, zum Preis von (nur!) 1 Mark war eine deutliche Verbesserung in Inhalt und äußerer Gestaltung erreicht, die inhaltliche Verbreiterung war erkenn-

bar z.B. an einer ausführlichen Darstellung des "Historikerstreites", dem Beginn einer Reihe von Interviews ( der erste Interview-Partner übrigens der ehemalige grüne und jetzige PDS-Abgeordnete Ulrich Briefs), einem erweiterten Nachrichtenteil, der unter der Rubrik "Blick nach draußen" von nun an zum festen Bestandteil der Zeitschrift gehörte.

Insbesondere die Interviews zeigen im Rückblick einiges über die politische Entwicklung in diesem Land auf. So sagte beispielsweise in einem Interview in Heft 8 im September 1987 der Recklinghäuser Bürgermeister Welt, bezogen auf die Frage, **wie** auf kommunaler Ebene gegen neofaschistische Gruppierungen vorgegangen werden könnte: "Man muß immer wieder abwägen zwischen dem politischen Einsatz, wenn es geboten erscheint, und der Tatsache, daß man durch Aktionen so etwas auch interessant machen kann, das ist eine Gratwanderung. Ich kann zum Beispiel eine verschlafene Gruppe, die übermorgen sowieso schon in Pension ist, nicht mehr zu denjenigen zählen, die noch irgendwelche Aktionen machen kann, dann lohnt es sich nicht, etwas zu machen."

Kurz darauf konnten die RecklinghäuserInnen erkennen, wie Bürgermeister Welt und die Recklinghäuser SPD diese Linie auf die "verschlafene Gruppe" der Skinheads, die für den 7. November 1987 zu einem **Bundestreffen** nach RE aufgerufen hatten, anzuwenden versuchten.

Mit massivster Hetze versuchten sie, jegliche Aktion gegen dies Treffen zu verhindern.

Es ist Ausdruck der damaligen Stärke der Antifa, auch der Recklinghäuser, daß eine wirklich großartige Demonstration von 1500 Leuten das Treffen vollständig verhinderte. Auch die AntifaZ dürfte daran einen kleinen Anteil geleistet haben.

Jedoch, trotz der Breite des Bündnisses, das zu dieser Demonstration aufrief, waren nach wie vor weitgehende Differenzen innerhalb der AntifaschistInnen nicht überwunden: Die Autonomen beteiligten sich zwar an der Demonstration, allerdings wohl nur auf Druck des breiten Bündnisses. Ihr eigenes Konzept, **nicht** zu demonstrieren, sondern stattdessen bestimmte "gefährdete Orte" in RE mit Gruppen der "Antifa-Gegenwehr" zu verteidigen,

hatten sie nicht durchsetzen können, versuchten aber dennoch, eine völlig eigenständige "Organisierung" durchzuführen (Vorbesprechung, Nachwachen, Untersuchungsausschuß, etc.).

Gleichzeitig betrieben sie eine unterschwellige Hetze gegen das Bündnis, das ja angeblich mit der SPD und dem Staat zusammenarbeiten würde, die Autonomen auszugrenzen versuche, etc.



Auf der anderen Seite standen neben vielen, die die Demonstration aktiv unterstützten, Kräfte wie der örtliche DGB oder die Jusos, die zwar nicht offen zum Boykott der Demo aufriefen, sich aber auch nicht zu einer eindeutigen Unterstützung durchringen konnten. Das konnte aber nicht verhindern, daß die meisten Mitglieder der Jusos und auch viele GewerkschafterInnen an der Demo teilnahmen.

Dies war, wie erwähnt, sicher einer der Höhepunkte der Antifa-Arbeit, jedoch sind im Verlauf der weiteren Entwicklung die Erfolge zunehmend geringer geworden.

Schon auf der landesweiten Konferenz der AntifaschistInnen von NRW am 12. 12. 1987 in Bielefeld deutete sich an, daß insbesondere die Sozialdemokratie, aber auch schon die Grünen, den Versuch aufnahmen, die Antifa-Bewegung zu desorientieren, zu "entschärfen", vom "Kampf auf der Straße" weg-

zubringen und sie auf ein "pädagogisches" Konzept zu orientieren. Die Vorläufer der Heitmeyers und Co. wurden laut. So wurde in der AG "Antifaschistische Sozialarbeit" festgestellt, daß "faschistische Gruppen gerade unter Jugendlichen eine gewisse Anhangsbildung verzeichnen. Es ergab sich die Frage, ob nicht in erster Linie sozialpädagogische Arbeit statt politischer Auseinandersetzung gefordert ist, (...)". In den kommenden Jahren haben dann die Vertreter von SPD und Grünen in der Antifa-Bewegung kräftig zugelegt, unrühmlicher und vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung das Frankfurter Bundestreffen der Antifa-Initiativen am 10. 2. 1990.



Die Jahre zwischen 1987 und 1990 waren in der Antifa-Arbeit sicher stark durch den Kampf geprägt: Gelingt es den Faschisten, offen die bürgerliche Legalität zu erreichen, im Klartext, wie jede "normale" Partei alle bürgerlich-demokratischen Rechte in Anspruch zu nehmen, oder gelingt es den AntifaschistInnen, die Faschisten gesellschaftlich so weit zu isolieren, daß aufgrund des Drucks der demokratischen Öffentlichkeit dieser Staat gezwungen ist, die (noch immer gültigen!) Bestimmungen des Grundgesetzes konsequent durchzuführen und jegliche faschistische Organisation zu verbieten und aufzulösen.

Das Ergebnis ist bekannt, die Faschisten schafften nicht zuletzt durch das "moderne" Projekt der REPs, die weitgehende Legalität für **alle** faschistischen Gruppierungen zu erreichen, die FAP kandidiert inzwischen relativ ungestört bei allen Wahlen.

Diese Entwicklung ist sicher nicht **nur** durch die subjektive Schwäche und die Fehler der Antifa-Bewegung zu erklären, sondern auch durch die aufgrund der internationalen Entwicklung entstandene Situation in der BRD und der DDR, die zu der historisch mehr als günstigen Chance für den westdeutschen Staat führte, den Anschluß der DDR nach der Manier von Clausewitz durchzuziehen. Im Zuge des entstehenden großdeutschen Nationalismus hatte eine Verbreiterung der Antifa-Bewegung zumindest objektiv nicht allzu große Chancen.

Wie schon gesagt, ist auf diesem Hintergrund die Tatsache, daß die AntifaZ weiterhin erscheint, schon ein ziemlicher Erfolg. Und trotz aller immer wieder auftretenden Probleme gab es auch weiterhin kleine Schritte nach vorn.

### Die neuere Entwicklung

Schon mit Heft 12/1988 war damit begonnen worden, auch das äußere Erscheinungsbild der AntifaZ zu verbessern (z.B. statt Schreibmaschinenschrift Computerausdruck mit Randausgleich):

Hier sind kleine Schritte nach vorn gemacht worden, Umfang und Qualität des Bildmaterials hat sich (bisweilen) verbessert, es gibt aber gerade auf diesem Sektor immer noch **viel zu tun**. Wichtiger scheint uns die inhaltliche Entwicklung und Auseinandersetzung in und mit der AntifaZ.

Von Beginn an hat sich die Zeitschrift in die "Deutschland"-Entwicklung eingeschaltet und Partei ergriffen: Immer gegen die Politik des deutschen Imperialismus, nachdem der Anschluß dann historische Tatsache war, hat sich die Zeitschrift von Anfang an bemüht, Kontakte zu AntifaschistInnen in der ex-DDR aufzunehmen, Informationsaustausch zu organisieren und die Zusammenarbeit aufzunehmen. Ausdruck dieser Entwicklung sind etwa die antifaschistische Städtepartnerschaft Recklinghausen-Schmalkalden, sowie

Kontakte zum **Bund der Antifaschisten** und zur IVVdN in der ex-DDR.

Mit diesen Bemühungen stehen wir heute noch ziemlich allein, die westdeutsche Antifa-Bewegung tut sich schwer damit, Kontakte aufzubauen, vermutlich können viele den einfachen Unterschied zwischen den "gemeinsamen deutschen Interessen" der Herrschenden und der notwendigen Zusammenarbeit der Beherrschten auf einem jetzt ~~gesamt~~ deutschen Staatsgebiet, die deshalb nicht automatisch ebenfalls "gesamtdeutsch" ist, noch nicht erkennen. Aber das wird sich schnell ändern, die augenblickliche Entwicklung in der ex-DDR wird ihre Wirkung auf unsere Arbeit nehmen.

Auf dem umrissenen Hintergrund ist auch das langfristige Ziel der Zeitschrift schon in Konturen zu erkennen:

### Und in der Zukunft ?

Wir haben den sehnlichsten Wunsch, die Zusammenarbeit insbesondere mit den anderen überregional arbeitenden Antifa-Publikationen aufzunehmen und auszubauen, Hauptansprechpartner in der ex-DDR könnte dabei die Zeitschrift **AntiFA** des dortigen Bundes der Antifaschisten werden. Aber auch zu vielen örtlichen Zusammenhängen, so zur Antifa-Jugendfront und der von ihr herausgegebenen Zeitschrift "Antifa-Jugendinfo" können die Kontakte gefestigt werden. Zielvorstellung:

Die **Organisierung eines ersten Bundestreffens der antifaschi-**

stischen Publikationen aus der BRD und der ex-DDR Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres. Wir würden uns freuen, wenn dieser Plan Wirklichkeit würde.

Fazit:

Nach fünf Jahren oft harter Ar-



beit, die aber fast immer auch viel Spaß gemacht hat, sind wir nicht resigniert, aber auch nicht gerade voller Optimismus. Wir machen weiter, und alle Redakteure freuen sich doch (heimlich) ein bißchen, daß wir jetzt fünf Jahre vorhanden sind.

## ANZEIGE

**BUCHLADEN**  
**TARANTA-BABU**  
 Humboldtstraße 44 4600 Dortmund 1  
 Telefon (02 31) 14 16 89

# FAP - INTERN

## INFORMATIONEN AUS DEM INNENLEBEN DER FAP

Nicht erst beim letztjährigen Bundesparteitag hat die faschistische FAP die AntifaschistInnen gehörig an der Nase herumgeführt. Hatten wir damals noch "fleißig" am 10. März 1990 in der Nähe von Hückelhoven diesen Parteitag "verhindert" - auffallend nur, daß kein einziger FAPler dort aufgetaucht war - war dieser Parteitag in Wirklichkeit in Aachen durchgeführt und ohne Störungen über die Bühne gegangen. Inzwischen ist dies bei der FAP schon eine eingeübte Sache, und insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die "konspirative" Arbeit der Partei ständig verbessert worden ist. "Spektakuläre" Öffentlichkeitsaktionen sind nicht mehr an der Tagesordnung, der Schwerpunkt wurde konsequent auf Jugendarbeit und Arbeit unter Arbeitslosen gelegt, die Sympathisanten-Treffs der FAP laufen inzwischen meist als lockere "Freundschafts"- Treffen in Jugend- und "Szene"-Kneipen ab (natürlich nicht linken "Szene"-Kneipen).

### Das Marler "Kutscherstübchen"

Eine solcher Kneipen ist das Marler "Kutscherstübchen", nach außen ein ganz harmloser Jugendtreff.

Hier treffen sich regelmäßig junge "Kameraden" der FAP, getarnt als "unzufriedene Jugendliche", unzufrieden womit? In erster Linie mit den "zu vielen Ausländern", mit der "Überfremdung" unseres Landes, in dem "die Deutschen" stets benachteiligt würden, keiner was dagegen unternimmt, daß deutsche Mädchen von ausländischen Jugendlichen, z.B. an der Marler Gesamtschule, ständig angemacht werden, eine ganze Klasse an der Gesamtschule nur mit "Aussiedlern" eingerichtet wurde, die "Disco" von den Türken kontrolliert wird, die nur noch "ihre Musik" spielen, von den deutschen Lehrern wird "nichts dagegen unternommen".

Einige der Gesamtschüler sind inzwischen fest bei der FAP organisiert, die Oberleitung über die Organisation im Kreis Recklinghausen hat der stadtbekannt Oer-Erkenschwicker **Riefing**, dessen Frau bis vor kurzem verantwortlich für die Redaktion des "Mädelbriefs" gezeichnet hat, die Frauenzeitschrift der FAP. Allerdings ist zumindest offiziell der "Mädelbrief" nicht mehr Organ der FAP, dies wie viele andere der internen Entwicklungen gehen auf die Vielzahl personeller Konflikte innerhalb der Organisation zurück. Einige Beispiele:

### Interne Auseinandersetzungen

So schrieb die Organisation im Mitteilungsblatt Nr. 1 des Bundesvorstandes vom 17.3.91:

"Es wurde einstimmig beschlossen, Michael **Swierczek** aller Ämter zu entheben. Gründe hierfür sind in erster Linie die mangelnde Kooperation mit dem Bundesvorstand und die Boykottierung des Bundesparteitages. Der Landesverband Bayern wird daher bis zum nächsten Landesparteitag kommissarisch von Pg. Michael **Sauckel** geführt.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen, Norbert **Appel**, wurde wegen Unfähigkeit im Amt auf einstimmigen Beschluß des Bundesvorstandes des Amtes enthoben. Pg. Thorsten **Heise** wurde zum kommissarischen Landesvorsitzenden ernannt.

Der Landesverband Hamburg wurde aufgelöst. Gegen den bisherigen Landesvorsitzenden Uwe **Ahrens** wird wie gegen Swierczek und Appel ein Ausschlußverfahren vor dem Bundesschiedsgericht beantragt werden.

Für Schleswig-Holstein wurde Pg. Glenn **Goertz** zum Landesbeauftragten ernannt."

Interessant in diesem Zusammenhang auch die weiteren Informationen aus diesem Rundbrief:

"Mit sofortiger Wirkung werden die Verantwortlichen der Referate Propaganda, Presse, Schulung und Frauenarbeit abberufen. Presse, Propaganda und Schulung obliegen bis auf weiteres dem

Bundesvorstand. Das Referat für Frauenarbeit ist z.Zt. unbesetzt.(...) "FAP-Intern" ist derzeit das einzige Parteiorgan.(...).

Als **politische Richtlinie** soll in Zukunft gelten, daß die FAP für alle nationalen Kräfte offen ist."

Müßte hinzugefügt werden: Ausgenommen der Anhänger des Michael **Kühnen**, dessen Parteigänger ja gerade auf dem Bundeskongreß 1990 aus der Organisation herausgedrängt worden waren. Zu diesen heißt es:

"Im Gegensatz zu den Republikanern, der DVU und der NPD kennt die FAP keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu diesen Parteien. Die einzige Ausnahme bildet der Kreis um Michael Kühnen. Die Distanzierung des Bundesvorstandes der FAP von Kühnen und seiner Anhängerschaft ist definitiv."

Allerdings kann durchaus schon jetzt eingeschätzt werden, daß die FAP mit ihrem "Anti-Kühnen"-Beschuß größere interne Schwierigkeiten erhielt, als sie vorausgesehen hat. Dem "Charisma" Kühnens hatten die Mosler, Borchardt und andere bislang wenig entgegenzusetzen.

### Die augenblickliche politische Ausrichtung

Wie alle faschistischen Organisationen hatte und hat die FAP mit dem Problem zu kämpfen, daß die offizielle Regierungspolitik einschließlich des gesamtdeutschen Anschlusses der faschistischen Propaganda einen großen Teil ihrer Propagandamöglichkeiten entzogen hat.

Anknüpfend hieran versucht sie mühselig, eine politische Position zur anstehenden "Verfassungsdebatte" zu entwickeln. Besondere Ideen sind ihr hierzu noch nicht gekommen. So schreibt sie:

"Grundbestandteil und Grundgedanke dieser neuen Verfassung kann nur sein, daß das deutsche Volk und seine Regierung niemals auf nur einen Quadratmeter deutschen Bodens verzichten darf, der durch Kriegsereignisse abgetrennt wurde. Das Völkerrecht kennt keine Okkupation und Annexion. Die FAP ist darum gegen eine Anerkennung der z.Zt. bestehenden polnischen Westgrenze und widersetzt sich den Expansionsbe-

strebungen imperialistischer Staaten in Bezug auf Deutschland in seiner Gesamtheit."

Durchsichtig der Versuch, sich auf breiter Front bei den Vertriebenen-Verbänden anzudienen, mehr als grotesk der Versuch, diese nationalistische Großdeutschlandpolitik als "antiimperialistisch" zu bezeichnen - sie ist in der Tat in einer Hinsicht antiimperialistisch, nämlich Unterstützung des eigenen, des deutschen Imperialismus, in seiner Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Staaten.

Auf dieser Linie liegt auch die bekannte, nicht veränderte "Anti-Block"-Politik der FAP:

"Ein weiterer Leitgedanke der FAP ist, daß ein neu geordnetes Deutschland weder der NATO noch dem Warschauer Pakt (der ja inzwischen aufgehört hat zu existieren) angehören darf. Die FAP lehnt diese aufgezwungenen Militärblocke kategorisch ab.

Weiterhin fordert die FAP den Austritt aus der EG, das freiwerdende Finanzpotential muß zunächst vollständig der mitteleuropäischen Wirtschaft zugeführt werden."

Was inzwischen auf breiter Front geschieht, deutet sich in den letzten Ausführungen an: Die FAP sieht eines ihrer Hauptpolitikfelder auf dem Boden der



Die Fahne hoch - Jugendliche Neonazis demonstrieren mit der Reichskriegsflagge vor einem Kriegerdenkmal

ex-DDR, wo unter Führung des Bundesvorstandes inzwischen zügig der "nationale Aufbau" vorangetrieben wird.

### Die Propagandaarbeit

Finanziell sieht es zur Zeit nicht so gut aus bei der FAP. So schreibt der Bundesvorstand in seiner Mitteilung Nr. 2: "Das Parteiorgan "FAP-Intern" ist z.Zt. mit ca. 1000,- verschuldet. Um den Druck der nächsten Ausgabe zu finanzieren und das Minus in der Kasse auszugleichen, benötigt die Partei rund 2000,-." Wer übrigens mal das FAP-Blättchen kennenlernen möchte, muß an folgende Adresse schreiben:

**FAP-Bundesgeschäftsstelle,  
Redaktionssekretariat  
"FAP-Intern", Postfach 12 01  
29, 4200 Oberhausen 12.**

Interessant vielleicht für diejenigen, dies es noch nicht wissen: Zum neuen Referenten für Propaganda wurde ernannt der Pg. Andreas Zehnndorf, den AntifaschistInnen in Hattingen sicher wohl bekannt.

### Gibt es noch antifaschistischen Widerstand gegen die FAP ?

Nach unserem bisherigen Überblick gibt es inzwischen nur noch sporadisch Widerstand gegen die FAP, was u.E. auch an der verbesserten "konspirativen" Arbeit der Partei liegt; hatten wir in früheren Jahren in der Regel noch rechtzeitig von den Treffen gewußt und diese auch tatsächlich meist verhindert, so ist die Verhinderung von FAP-Aktivitäten inzwischen die Ausnahme geworden.

Hatte die FAP schon am 29.10.1989 im Recklinghäuser Ratskeller ungestört ihren Landesparteitag NRW durchführen können, konspirativ und mit massiver Hilfe bei der Täuschung der Öffentlichkeit seitens des Recklinghäuser Polizeipräsidenten, der wie immer bestens von diesem Treffen informiert war, so wurden auch die weiteren Organisationstreffen der FAP kaum noch bekannt. So hatte z.B. der Bundesvorstand für den 14. Juli 1990 zu einer Landesvorstandssitzung nach Duisburg eingeladen, die ebenfalls nicht bekannt wurde. Dazu hieß es in der internen Einladung:

"Wir treffen uns am 14.7.1990 um 15.00 Uhr am Ostausgang des Duisburger Hauptbahnhofes. Von dort aus wird dann zum Ort der Versammlung weitergeleitet. Sollten Schwierigkeiten bei der Anreise auftreten, so ist die Telefonnummer 0 28 41/5 86 16 zu wählen."

### Ein neues Propaganda-Organ: "Neue Nation"

Ab August 1990 hat die FAP dann eine neue Zeitschrift, die "**Neue Nation**", mit dem Untertitel "Volkstreue Zeitung für Deutschland". Klar, daß hiermit insbesondere in der ex-DDR die Propagandaarbeit verstärkt werden soll. In der Nr. 1 schreibt der Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse** "in eigener Sache":

"Ein Teil davon, die unsere Partei verlassen haben, setzte sich auch aus asozialen Elementen zusammen, die unsere Bewegung mit ihrem "Übersoll als Kampftrinker" in Verruf und Mißkredit brachten und der FAP in der Öffentlichkeit großen Schaden zufügten, der nur schwer und mit größter Kraftanstrengung aller anständigen, disziplinierten und aktiven Parteigenossen und Freunde zu beheben ist."

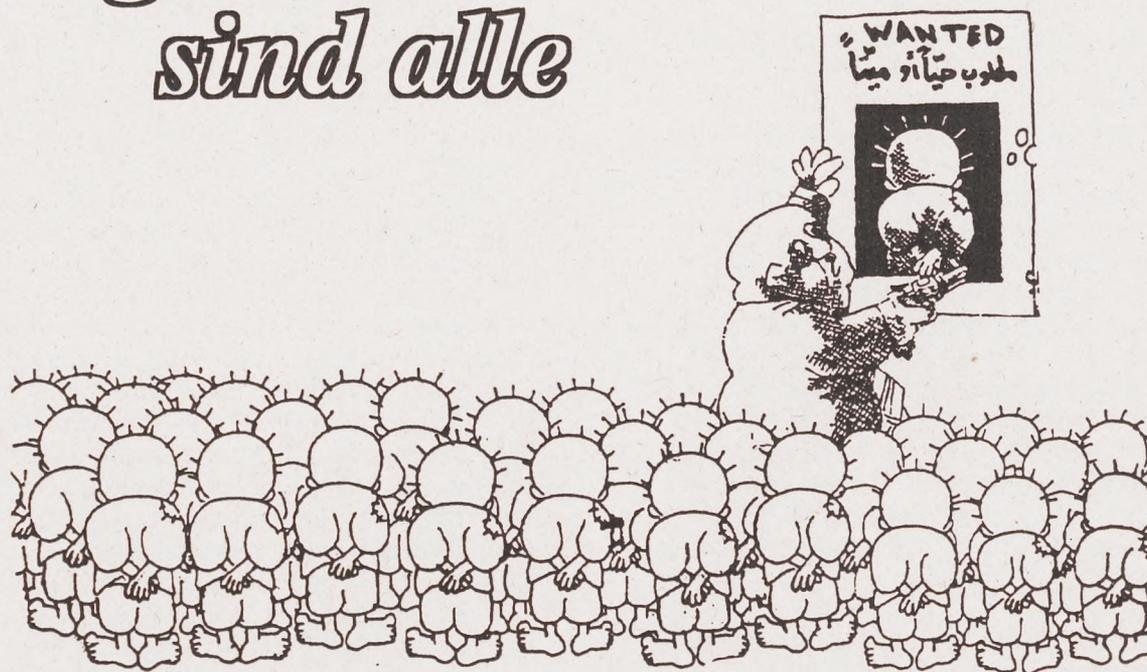
Die innerorganisatorische "Säuberung" der FAP hat ohne jeden Zweifel stattgefunden. Das anfangs erwähnte Auftreten von FAP-Mitgliedern zielt deutlich darauf hin, vom Image des "sauenden, randalierenden Skin" wegzukommen, bis hin zu derartigen Kleinigkeiten, daß zu den gerade bei jugendlichen FAP-Mitgliedern beliebten "Docs" nicht mehr unbedingt die **weißen** Schnürriemen (als Nazi-Erkennungszeichen) getragen werden sollen.

Das heißt nun aber keineswegs, daß die Organisation ihre gewalttätige, terroristische Orientierung aufgegeben hat, im Gegenteil, doch hierzu mehr in späteren Folgen. In der kommenden Ausgabe werden wir vor allem auf die **politische Entwicklung** der FAP eingehen. Insgesamt ist geplant, eine aus mehreren Teilen bestehende Serie über die FAP zu veröffentlichen.



Brehl, Kühnen, Worch (von links) in Pose vor dem Kriegerdenkmal in Düsseldorf-Stockum

# ...gemeint sind alle



Nach über vier Jahren Untersuchungshaft unter Isolationsbedingungen begann Mitte März die Revisionsverhandlung gegen die drei Duisburger Bärbel Perau, Norbert Hofmeier und Thomas Thoene.

## Rückblende

Im Jahr 1986 wurden die drei Duisburger Bärbel, Norbert und Thomas verhaftet. Ihnen wurde ein Sprengstoffanschlag auf eine Bundesgrenzschutzkaserne und Mitgliedschaft in der RAF (Rote Armee Fraktion) vorgeworfen. 1989 wurden sie deshalb vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf zu einmal 10 Jahren und zu zweimal 9 Jahren Gefängnis verurteilt.

## Zensur während des Prozesses

Während des gesamten Prozesses versuchte die zuständige Staatsschutzkammer, den Angeklagten die Möglichkeit zu nehmen, sich auch politisch zu verteidigen.

- Der vorsitzende Richter Arend am 1.6.88 nach einer Erklärung der Gefangenen: "Solche Erklärungen werde er hier im Gerichtssaal nicht mehr zulassen."

Für die Zukunft drohte er Wortentzug an.

- Auch gegen die Anwälte wurde Druck ausgeübt: Ehrengerichtsverfahren, Androhung eines § 129a-Verfahrens wegen Redebeiträgen auf einer Veranstaltung zum Prozeß, Razzia bei Norberts Anwältin wegen einer Dokumentation zum Prozeß.

## Höhepunkt: Strafen für politische Verteidigung

Für ihre im Rahmen des Verfahrens abgegebene Prozeßerklärung und wegen ihrer "**ungebrochenen Haltung**" (so Richter Arend) verurteilte die zuständige Kammer die angeklagten nach Gesetzen, die erst nach ihrer Inhaftierung (!) in Kraft traten: Es handelt sich um die Neufassung des § 129a. Er sieht für Mitgliedschaft in einer "**terroristischen Vereinigung**" ein verschärftes Strafmaß von bis zu zehn Jahren vor, anstatt wie bis dahin zu fünf Jah-

ren. Ihr politischer Widerstand im Knast soll die Mitgliedschaft in einer sogenannten "terroristischen Vereinigung" auch in der Haft "beweisen". Originalton:

"Nach Wahrnehmung des Senats sind die Erklärungen ausschließlich an den Kreis der mit ihnen sympathisierenden Zuhörer gerichtet gewesen."

Die politische Verteidigung der Angeklagten während des Gerichtsverfahrens mußte dazu herhalten, ihnen den "Straftatbestand" des "Werbens für eine terroristische Vereinigung" im Gerichtssaal (!) anzuhängen.

### Revision

Gegen das gesamte Urteil haben die Anwälte Revision eingelegt. Der Bundesgerichtshof hat dieser Revision stattgegeben, jedoch nur an einem Punkt.

Dorothee Frings, die Anwältin von Norbert Hofmeier, sagt dazu:

"Der Bundesgerichtshof hat das Urteil gegen Bärbel, Norbert und Thomas nur insoweit aufgehoben, als die drei auch wegen Mitgliedschaft in der RAF nach ihrer Verhaftung verurteilt worden sind. Damit wurde der Paragraph 129a StGB (Strafgesetzbuch) in der neuen Fassung mit dem Strafmaß von bis zu 10 Jahren für Mitgliedschaft angewandt. Die Verurteilung wegen des Anschlages auf die Bundesgrenzschutzkaserne und wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (Paragraph 129a in der alten Fassung, bislang nur 5 Jahre) ist rechtskräftig geworden."

(in: Clockwork Nr. 18)

Außen vor in dem Revisionsverfahren bleiben die Konstrukte und Falschaussagen, mit denen die Angeklagten wegen des Sprengstoffanschlages verurteilt worden waren.

### Bundesanwaltschaft will Prozeß

Noch einmal Dorothee Frings:

"Der Bundesgerichtshof hat in seiner Entscheidung nahegelegt, daß der Komplex, auf den sich der Paragraph 129a in der neuen Fassung bezog (das heißt: vor allem Äußerungen in der Hauptverhandlung) auch eingestellt werden könne und dann eigentlich nur das Strafmaß

vom Oberlandesgericht neu festgelegt werden müßte. Das Oberlandesgericht Düsseldorf möchte so vorgehen und hat die Bundesanwaltschaft um die hierfür erforderliche Zustimmung gebeten."

Seit Dezember letzten Jahres ist klar: Die Bundesanwaltschaft will den Prozeß erneut führen. Sie will ein Urteil gegen die drei wegen **"Fortbestehen der RAF-Mitgliedschaft"** anhand der Prozeßerklärungen durchsetzen. Das ist der erste (Revisions)-Prozeß mit dem klaren Ziel: **Zensur**.

Er soll als Grundlage dienen, um in ähnlichen Prozessen auch zu solchen Urteilen zu kommen - wenn sie es in diesem Prozeß nicht schaffen sollten.

**Hier geht es nicht mehr um konkrete Taten, sondern ganz offen um die politische Gesinnung der Gefangenen !**

In bisherigen Prozessen bemühte sich der Staatsschutz, wenn auch mit Konstrukten, eine Verurteilung als Folge einer konkreten Tat erscheinen zu lassen. Doch das reicht ihm nicht.

Er hat schon mehrmals versucht, die Gefangenen im Knast wegen ihrer Hungerstreiks für die Zusammenlegung als "RAF im Knast" zu kriminalisieren. Bisher ist ihm das nicht gelungen. Jetzt im Revisionsverfahren versucht er, die Handhabe zu bekommen, um ganz offen politische Ansichten aburteilen zu können.(...)

Die **Angehörigen** werden, weil sie die Haftbedingungen kritisieren, ständig mit Ermittlungsverfahren und Strafprozessen überzogen. Jede Äußerung, in der die Gefangenen ihre politischen Überzeugungen äußern, könnte mit solchen Urteilen als Straftat verfolgt werden. Mit dem Unterbinden von Kommunikation wird die verschärfte Repression im Knast gegen die Gefangenen leichter, wie die Vergangenheit zeigt.(...)

Ob dies dem Staatsschutz gelingt, hängt nicht von einem einzelnen Urteil ab. Darüber entscheidet, ob es drinnen und draußen genug Widerstand gegen diese Ansicht gibt.

(aus: Duisburger Info zum Revisionsprozeß)

# Antifa-Info

Köln, 22.3.91

Die Allianz Versicherungs AG sieht ihren Ruf durch die Kölner Ratsfraktion "Deutsche Allianz/Vereinigte Rechte" bedroht. Das Landgericht, so fordert die Münchener Versicherung, solle den ehemaligen Republikanern Markus Beisicht, Birgit Golombeck und Manfred Rouhs untersagen, "Allianz" in ihrem Namen zu führen. Die Allianz fürchtet, daß durch die Namensähnlichkeit der "Eindruck einer Verbindung zwischen der Rechtspartei und dem Unternehmen" entstehen könnte.

Der Versuch der Versicherung, eine einstweilige Verfügung gegen die drei Ex-Republikaner zu erwirken, scheint allerdings wenig Chancen zu haben. Bei der Verhandlung vor der Zivilkammer in Köln am 20.3. betonte der Vorsitzende Richter Vollmer, die Partei und das Wirtschaftsunternehmen seien in verschiedenen Bereichen tätig. Das Gericht habe "seine Schwierigkeiten", in diesem Fall die Möglichkeit der Verwechslung zum Nachteil der Versicherung zu sehen.

(Quelle: Kölnische Rundschau vom 21.3.91).

Rottweil, 28.3.91

Auf dem **Landesparteitag der NPD**, der nicht wie vorgesehen in Tuttlingen, sondern in Rottweil im Gasthof Pflug stattfand, kam es zu einer heftigen und mit zahlreichen persönlichen Angriffen gespickten Diskussion. Grund der Auseinandersetzung war der Antrag aus dem Kreis um Jürgen Schützing und Martin Mußnug, sich mit ehemaligen Mitgliedern der "Republikaner" und der DVU zur "Deutschen Allianz" zusammenzuschließen. Die knappe Mehrheit der Delegierten folgte dem Antrag der beiden. In geheimer Abstimmung sprachen sich 36 Delegierte für den Zusammenschluß mit der "Deutschen Allianz" aus, 33 waren dagegen.

Damit scheint die Rechnung der "Deut-

schen Allianz" aufzugehen. Nun kann sie bei den Landtagswahlen 1992 auf die Strukturen des Landesverbandes der NPD zurückgreifen. Für die NPD hingegen könnte dieser Beschluß auch bundesweit schwerwiegende Folgen haben. Nach den letzten schlechten Ergebnissen der NPD bei Wahlen ist sie beim Landesverband Baden-Württemberg mit ca. 500 000 Mark verschuldet. Eine Tilgung der Schulden scheint kaum machbar.

Regensburg, 10.3.91

In nur zwei Wochen waren in Regensburg folgende revanchistische Aktivitäten zu verzeichnen:

- Am ersten Märzwochenende schlägt **Max Fischer**, ehemaliger Staatssekretär und Vorreiter der "deutsch-tschechischen Begegnung" auf einem Seminar der "**Europa-Union**" zur Lösung der "Sudentendeutschen Frage" vor, eine grenzüberschreitende Region Bayern-Sachsen-Böhmen innerhalb Europas zu bilden.

- Am 4.3. begeht die **Sudentendeutsche Landsmannschaft (SL)** den "Tag des Selbstbestimmungsrechts". (Am 4.3.1919 hatten die "Deutschen von Böhmen, Mähren und Schlesien für ihre nationalen Rechte" demonstriert, die Demonstration war von der tschechischen Regierung niedergeschlagen worden).

Beteiligt an der Feier sind das **Haus des Deutschen Ostens** (München), die **Ackermanngemeinde**, die **Seligergemeinde**, der **Witikobund**. Regierungspräsident Krampol (CSU) sagt in seiner Festansprache, dieser Tag sei zum Gedenken an eine "verpaßte Chance", in der Zukunft dürfe solche Chance nie wieder verpaßt werden.

- Am 7.3. wird im Regensburger Stadtrat nach nochmaligem Antrag der SL beschlossen, den Jahreszuschuß von 7321 DM für die SL doch zu bewilligen. (Im November hatte der Kulturschuß das mit Bezug auf die geänderte

politische Lage in den Ländern des Ostblocks abgelehnt). Die Bewilligung erfolgt auf einen Kompromißvorschlag der SPD-Oberbürgermeisterin Meier hin jetzt auf jeden Fall für 1991.

- Am 8.3. berichtet die Mittelbayrische Zeitung, daß der katholisch orientierte Malteser Hilfsdienst(MHD) seine Aktivitäten in die CSFR ausdehnt. "In Klattau, Prag, Olmütz und Brünn wurden bereits Gruppen des MHD aufgebaut". Das Gehalt für den hauptamtlichen MHD-Leiter von Böhmen übernimmt übergangsweise der MHD der Diözese Regensburg.

- Mitte März wird von "Exil-Tschechen" in Regensburg die Tschechoslowakische Soziale Union (CSU) gegründet. Diese CSU sieht ihre Hauptaufgabe darin, die "sozialen und Vermögensinteressen der 100 000 in den letzten Jahren ins Ausland geflüchteten Exil-Tschechoslowaken gegenüber der CSFR-Regierung zu vertreten".

### Düsseldorf, 20.3.91

Am Mittwoch, den 13.3.91, hat der 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf die Einstellung des Verfahrens gegen acht Angeklagte im Düsseldorfer "**Kurdenprozeß**" angeboten und uns heute die "Möglichkeit der Stellungnahme" mit der Empfehlung zur Zustimmung gegeben.

Wir lehnen dieses Angebot ab. Nicht, weil wir gegen die Einstellung des Verfahrens sind, im Gegenteil. Aber diese Form der halben Einstellung, nämlich für acht von 16 Angeklagten, ist für uns nicht akzeptabel.

Diese halbe Einstellung ändert nichts am Wesen des Verfahrens und an der Möglichkeit der Anwendbarkeit des § 129a gegen unsere Organisation. Im Gegenteil soll das Verfahren mit diesem Schritt handhabbar gemacht werden.

Diese halbe Einstellung ist der Versuch des Senats, eine offensichtliche Niederlage in einen Sieg zu verwandeln, indem unter der Drohung, daß alles noch Jahre dauern könnte, die schon jetzt klar absehbaren Freisprüche für viele Angeklagte einfach mit einer Einstel-

lung umgangen werden. Mit dieser halben Einstellung bleibt das Verfahren so oder so als Mittel der Erpressung gegen uns fortbestehen. Das ist für uns nicht akzeptabel.

Dieses Verfahren ist von uns von Anfang an abgelehnt worden. Wir haben dieses Verfahren aufgrund unserer Kenntnis der Beweislage und der Zeugen als undurchführbar bezeichnet. Wir haben von Anfang an erklärt, daß dies ein politisches Verfahren ist. So fällt auf, in welche Zeit dieses Angebot zu einer halben Einstellung fällt. Es ist eine Zeit, in der auf der Tagesordnung die Lösung der kurdischen Frage steht. Es fällt in eine Zeit, in der klar wird, ohne die Lösung der kurdischen Frage gibt es keinen Frieden im Nahen Osten, und ohne die PKK gibt es keine Lösung der kurdischen Frage. Es fällt in eine Zeit, in der das kurdische Volk auf der Basis der Unabhängigkeit und des Widerstandes zum ersten Mal seine Einheit in einem Nationalkongreß zu konstituieren versucht. Es fällt in eine Zeit, in der unser Volk sich in Süd- und Nordkurdistan im Aufstand gegen die irakischen und türkischen Besatzer befindet. Es fällt in eine Zeit, in der selbst Özal begriffen hat, daß eine militärische Lösung der Kurdenfrage und damit die Vernichtung der PKK nicht mehr möglich sind und sich hinter der Hand zum Dialog mit der PKK bereit erklärt. Es fällt in eine Zeit, in der alle europäischen Staaten ihre Kurdenpolitik verändern.

Die BRD hat von Anfang an eine falsche Politik bzw. keine Politik in der Kurdenfrage verfolgt. Sie ist an die ganze Sache mit einer Polizeilogik herangetreten und tut dies auch heute noch. Die halbe Einstellung dieses Verfahrens ist nichts weiter als die Fortsetzung dieser Polizeilogik. Deutlich wird dies daran, daß nicht unschuldig ist, wer nicht seiner Schuld überführt wird, sondern nach dem Prinzip, jedes Mitglied der PKK ist schuldig, bis das Gegenteil bewiesen wird, und dann wird eben eingestellt. Das ist nicht akzeptabel.

Die BRD muß zu dem stehen, was sie angerichtet hat. Sie muß dieses Verfahren insgesamt einstellen.

**(Presseerklärung der Angeklagten im Düsseldorfer Kurdenprozeß)**

## THEATERSTÜCK

**BERLINER  
COMPAGNIE** Die  
Aussiedlerin

Am 6. März 1991 wurde im Bochumer "Bahnhof Langendreer", einer im Ruhrgebiet und darüber hinaus bekannten alternativen "Kulturkneipe" das Theaterstück "Die Aussiedlerin" aufgeführt.

"Ausführende Bühne" war die BERLINER COMPAGNIE, angekündigt war "ein Theaterstück über Arbeitslosigkeit, Fremdenhaß und neue nationale Begeisterung".

Vorweg sei bemerkt, an den Schauspielern der "Compagnie" lag es nicht, daß ein widersprüchlicher Eindruck zurückblieb: sie waren (unserer bescheidenen Meinung nach) durchweg ausgezeichnet, wobei Gerhard Fries und Wulf Jahn zu besonderer Form aufliefen.

Gerhard Fries ist auch der Autor des Stückes, und wohl in erster Linie er dürfte neben seiner hervorragenden schauspielerischen Leistung für die mögliche Kritik an den inhaltlichen Grundlagen des Stückes zuständig sein.

Doch vorab kurz der Inhalt.

#### Zum Inhalt:

Im Mittelpunkt des Geschehens steht die Familie Klonz, die Mutter Sophie ( etwa 65 Jahre alt), die Tochter Evelyn ( etwa 25 Jahre alt ) und der Sohn Dieter (etwa 30 Jahre alt). Freund und "väterlicher" Berater der Familie ist Dr. Alfred Überle, zur engeren "Bekanntschaft" zählt auch Hans Pletschak, der Sohn der Putzhilfe und Haushälterin bei Klonz, die aber aus finanziellen Problemen entlassen wurde. Der "Fremdkörper" in diesem Kreis ist die jun-

ge Aussiedlerin Miriam Walanjuk ( etwa 20 Jahre alt), die kurz vor der Verlobung mit dem Sohn Dieter steht.

Ein weiterer "Nichtzugehöriger" ist der erfolgreiche Regisseur Wilhelm Babeck, Schulfreund von Dieter, aber im Gegensatz zu diesem auf der Karriereleiter steil nach oben geklettert.

Überhaupt wird schnell deutlich, daß die Familie Klonz vor allem finanzielle Probleme hat, Dieter und Evelyn sind arbeitslose Schauspieler, die Eltern dürften kurz nach dem Krieg aus

Oberschlesien geflohen sein, haben "bessere Zeiten gesehen", was die gesamte Einstellung der Familienmitglieder prägt. Aus dieser Zeit kennen sie auch den Dr. Überle, dessen Rolle im Dritten Reich im späteren Verlauf des Stückes entlarvt wird.

Das Stück beginnt damit, daß die Familie sich zum Weihnachtsfest vorbereitet, die Mutter ist ganz auf das feierliche Geschehen eingestellt, unter den "jungen Leuten" herrscht eine angespannte Atmosphäre: Dieter hat Probleme mit seiner an-

gehenden Verlobten Miriam und mit seiner Schwester. Diese hat für den Abend den Regisseur Babeck eingeladen, sie erhofft sich mögliche Protektion durch diesen, Dieter ist darüber sauer, er schämt sich seiner eigenen Erfolglosigkeit und möchte eigentlich nicht um Hilfe betteln. Gleichzeitig wird dargestellt, wie der Freund der Familie, Überle, gebeten wird, seine Beziehungen zum Einwohnermeldeamt geltend zu machen, um der "Aussiedlerin" Miriam bei ihrer Anerkennung als "deutsche Staatsbürgerin" zu helfen.

Daneben wird ganz glaubwürdig der Skinhead Hans Pletschak eingeführt, der die absolute Wut "im Bauch" hat, weil er keine Arbeit und keine Wohnung findet, von der herrschaftlichen Familie Klonz fast wie ein Aussätziger behandelt wird, er wird von Evelyn zwar aus Anhänglichkeit zum Weihnachtessen eingeladen, wirkliches Interesse an ihm zeigt aber eigentlich nur "die Aussiedlerin", was eine Welle von widersprüchlichen Gefühlen in Hans hervorruft. Hans möchte im Verlauf des Stücks eigentlich bei den Skins aussteigen, weil die "ein großes Ding gegen Ausländer" vorhaben, die innere Entwicklung des Stücks stürmt aber über dieses Problem hinweg. Überhaupt, nach Schilderung dieses recht komplexen Eingangsszenarios wird vom Autor des Stücks eine "Handlung" aufgewir-

belt, die es in sich hat. Dr. Überle hilft nicht, sondern "recherchiert" und bekommt heraus, daß Miriam keine "Deutsche", sondern "Polin" ist, Höhepunkt seiner Recherche ist ein fast unter Folter durchgeführtes Verhör mit ihr. Überhaupt beginnt Überle plötzlich, innerhalb der Familie und ermutigt durch die vfaschistischen Sprüche von Hans, eine "hauseigene" Nazitruppe zu rekrutieren, zu deren Vorsitz dann Dieter "gewählt" wird, der ebenfalls zunehmend "faschistoides" Verhalten zeigt.

Allein Miriam hält diesem Sturm stand, sie dreht sogar den Spieß um und deckt auf, daß Dr. Überle während des Dritten Reiches maß-

steht dann ganz im Zeichen von Wilhem Babeck, dem lang ersehnten und mit Furcht herbeigewünschten "Retter in der Not", der dann auch tatsächlich sich als eine Art moderner "Führer" präsentiert.

Babeck ist der "nackte" Machtmensch, Manager modernen Zuschnittes, er unterzieht alle übrigen Personen einen gnadenlosen Test, um herauszufinden, wer für eine Anstellung als "Schauspieler" bei ihm geeignet ist. Alle, bis auf Dieter, sind mehr oder weniger "geeignet", einzig Miriam lehnt die entwürdigenden Prozeduren ab, die Babeck als Probe verlangt. Dieter fällt deshalb durch, weil er sogar bereit ist, über das Totenbett der im



geblich bei der Judenvernichtung als Offizier mitgewirkt hat.

Mit seiner Entlarvung bricht auch die hauseigene Nazigruppe (vorerst) auseinander, der zweite Teil des Stückes

Verlauf des Stücks verstorbenen Mutter zu steigen, die während des gesamten zweiten Teils im hinteren Teil der Bühne liegt.

Dies ist dann auch der "schreckliche" Höhe-

punkt dieses Inszenarios, das dann schlicht und einfach "zu Ende" ist.

### Kritische Bemerkungen:

Weniger die dramaturgische Umsetzung als vielmehr der **theoretische Ausgangspunkt** des Stücks reizen zur Kritik: Wurzeln faschistischen "Verhaltens" werden einmal in der kleinbürgerlichen Verzweiflung, nicht zu den Gewinnern zu gehören sowie in der unmittelbar hieran angebundenen sexuellen Deformierung (masochistische Züge bei Dieter) gesucht und gefunden, zum anderen etwas platt bei der Tatsache, daß der arbeitslose "Prolo" Hans sowieso wegen eben dieser zu den Neonazis neigt.

Schon genauer ist dann die Darstellung der faschistischen Ideologie bei dem Altnazi Überle, der als der eigentliche "Drahtzieher" der "Bewegung" dargestellt wird.

Problematisch wird es dann bei dem "neofa-

schistoiden" Charakter des Erfolgsregisseurs Babeck. Sein menschenfeindlicher Zynismus weist über die Erscheinungsformen der Fremdenfeindlichkeit hinaus, vermutlich ist beabsichtigt, in irgendeiner Form dessen ökonomische Machtposition als "Schaltstelle" für die zu organisierende Sklavenhaltung darzustellen.

Spätestens hier werden allerdings die theoretischen Schwächen des Konzepts deutlich, welches zum einen sicher eine "differenzierende" Analyse beabsichtigte, zum anderen aber daran scheiterte, einen Gesamtzusammenhang nicht mehr entdecken zu können.

Auf diesem Mangel basiert u.E. dann auch das dramaturgische Hauptproblem: Die verschiedenen Problemstränge sind kaum in eine schlüssige szenische Entwicklung zu verbinden, so daß alles mehr oder weniger "auf der Strecke" bleibt oder aber mit wahrhaft künstlichem "Schwung"

versehen werden muß, um abgeschlossen zu werden (Besonders auffallendes Beispiel hierfür: die "Folterszene" des Dr. Überle).

Überhaupt sind leider einige völlig unnötige "Kunstgriffe" ärgerlich, die das "Psychologische" irgendwie einbauen sollen: Dieter läuft vor seiner Verlobten wie ein Hund und schreit wie in einer öden Posse "Schlag mich, schlag mich", Babeck will Miriam wie in einem Pornostreifen dazu bringen, daß sie ihm seine "Genußwurzel" bearbeite (so heiße diese angeblich in Polen, wir wissen es nicht).

Soviel zu einem Stück, über das zu reden sich auf jeden Fall lohnt, daß eine Menge Material verarbeitet hat, das schon deshalb hervorzuheben ist, weil es eines der ganz wenigen Theaterarbeiten zu diesem Thema ist und das zu sehen trotz aller Kritik sich lohnt - es könnte allerdings u.E. ruhig etwas weniger kosten als 15,- DM für die Aufführung.

## ANZEIGE



---



---

## BUCHBESPRECHUNG

---



---

Schon in der letzten AntifaZ wollten wir das von Oliver Tolmein und Theresia Degener herausgegebene Buch "Geschätztes Leben" vorstellen, das hatte nicht geklappt.

Hier nun die angekündigte Besprechung, dazu gleich der Hinweis auf ein weiteres Buch zum Thema, das von Theo Bruns, Ulla Penselin und Udo Sierk herausgegebene Buch "Tödliche Ethik".

Je mehr mensch sich mit dem Thema beschäftigt, desto mehr fragt er sich: Wo lebe ich eigentlich? Der inzwischen einer wohl größer werden Gruppe von Menschen bekannte australische Professor **Peter Singer** sei mit einem Zitat vorgestellt:

"Wir (haben) gesehen, daß die Zugehörigkeit eines menschlichen Wesens zur Spezies Homo sapiens allein keine Bedeutung dafür hat, ob es verwerflich ist, zu töten; entscheidend sind vielmehr Eigenschaften wie Rationalität, Autonomie und Selbstbewußtsein. Mißgebildete Säuglinge haben diese Eigenschaft nicht. Sie zu töten kann daher nicht gleichgesetzt werden mit dem Töten normaler menschlicher Wesen...", und an anderer stelle derselbe Herr Professor: "Weil Kleinkinder im allgemeinen harmlos und moralisch unfähig sind, ein Verbrechen zu begehen, fehlen denen, die sie töten, die Entschuldigungen, die oft für das Töten von Erwachsenen vorgebracht werden. Nichts von alledem zeigt allerdings an, daß das Töten eines Kleinkindes ebenso schlimm sei wie das Töten eines (un-

schuldigen) Erwachsenen. In diesem Zusammenhang sollten wir Gefühle beiseite lassen, deren Grundlage die kleine, hilflose und - zuweilen - niedliche Erscheinung menschlicher Säuglinge ist... Falls man in dieser Sache ein Gesetz zu machen hätte, dann dürfte man dem Kind wohl nur innerhalb einer kurzen Zeitspanne nach der Geburt, vielleicht für einen Monat, ein volles legales Recht auf Leben absprechen... Wenn diese Folgerungen zu schockierend erscheinen, um ernst genommen zu werden, dann sollten wir uns vielleicht daran erinnern, daß unser heutiger absoluter Schutz des Lebens von Säuglingen Ausdruck einer bestimmten jüdisch-christlichen Haltung ist und nicht etwa ein universaler moralischer Wert."

Wovon spricht der Mann, der die "Schockiertheit" seiner LeserInnen als relativ wahrscheinliche Reaktion voraussieht? Ja, genau, schlicht und einfach von der Tötung von "behinderten" Menschen, hier von Säuglingen, an anderen Stellen von weiteren Gruppen von Menschen (siehe

auch den Artikel von **Wilma Kobusch** in AntifaZ Heft 25/90). **Tolmein/Degener** arbeiten im ersten Kapitel ihres Buches unter dem Begriff "Grenzverschiebung" vor allem heraus, wie (scheinbar) schleichend das "Töten unwerten Lebens" wieder zur moralisch gerechtfertigten, ethisch diskutablen "Problematik" unserer Gesellschaft geworden ist. Spätestens seit den **Einbecker Empfehlungen** vom 29. Juni 1986 dürfte die von Singer und seinen Mitstreitern geforderte Haltung an vielen deutschen Krankenhäusern die praktizierte Regel sein. In Abschnitt vier und fünf dieser Empfehlungen heißt es: "Es gibt Fälle, in denen der Arzt die medizinischen Behandlungsmöglichkeiten insbesondere zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Vitalfunktionen und/oder der massiven operativen Intervention nicht ausschöpfen muß. Diese Voraussetzungen sind zu bejahen, wenn nach dem aktuellen Stand der medizinischen Erfahrungen i. das

Leben dadurch nicht auf Dauer erhalten werden kann, sondern nur der Tod hinausgezögert wird, z.B. bei schwerem Dysraphie-Syndrom (eine Sammelbezeichnung für angeborene kombinierte Fehlbildungen infolge mangelhafter Bildung von Rückenmark, d.V.), inoperablem Herzfehler; 2. es trotz der Behandlung ausgeschlossen ist, daß das Neugeborene jemals die Fähigkeit zur Kommunikation mit der Umwelt erlangt, z.B. schwere Mikrozephalie, schwerste Hirnschädigungen; 3. die Vitalfunktionen des Neugeborenen auf Dauer nur durch intensivmedizinische Maßnahmen aufrechterhalten werden können, z.B. bei Ventilationsstörungen ohne Heilungsaussicht, Nierenfunktionsstörungen ohne Heilungsaussicht."

Tolmein kommentiert und kritisiert diese Empfehlungen wie folgt: "Zum Teil beschreibt dieser Abschnitt eine mit guten Gründen entwickelte medizinische Praxis - bei einzelnen Neugeborenen wurden auch vor Verabschiedung der Einbecker Empfehlungen, wenn nach menschlichem Ermessen das Sterben eingesetzt hat, die lebenswichtigen Funktionen nicht mehr künstlich aufrechterhalten. Ein wesentlicher

Unterschied ist allerdings, daß die Verfasser in dieser Passage, indem sie eine Kategorisierung von Indikatoren liefern, die behauptete rein individuelle Entscheidung bereits durchbrechen. Das ist umso problematischer, als die vermeintlich klaren Indikatoren, auf die sich der nicht revidierbare ärztliche Entschluß für einen Behandlungsabbruch stützen soll, äußerst ungenau und vage, teilweise zudem gefährlich tendenziös sind. Beispielsweise wird der Begriff der "Kommunikationsfähigkeit", der in diesem Zusammenhang immerhin lebensentscheidend sein kann, von den Autoren nicht definiert." (Tolmein, S. 33).

Aber Singer und andere haben sich ausgiebig mit diesem Begriff beschäftigt, wie das zuerst erwähnte Zitat schon andeutet.

Wichtiger in diesem Zusammenhang scheint, daß eine größere Zahl von WissenschaftlerInnen aller Fakultäten die so bezeichnete "Grenzverschiebung" längst vollzogen haben.

Tolmein/Degeners Buch hat vermutlich mitbewirkt, daß diese Diskussion bzw. der Widerstand gerade gegen diese "wissenschaftliche Diskutabilität" der "Euthanasie" sich zu verbreitern beginnt.

Im zweiten Hauptteil des Buches untersucht **Theresia Degener** vor allem die juristischen Hintergründe der Problematik und deren historische Dimension. Degener schreibt zum

Problem der historischen Kontinuität:

"Während es zahlreiche Arbeiten und Diskussionen gibt, die sich mit Rationalität und Irrationalität der Shoa auseinandersetzen, die versuchen, dem Zusammenhang von Antisemitismus und Völkermord auf den Grund zu gehen, zu verstehen, wie eines ins andere umschlug, und die Einzigartigkeit dieses Verbrechen untersuchen, fehlt Vergleichbares für die Vernichtung sogenannter "Behindertener" fast völlig. Der Verdacht drängt sich auf, daß diese "Euthanasie"-Programme der Ausmerze-Politik leichter "verstanden" werden, weil die Kriterien, nach denen die Na-

## Gesundheitspaß

des Amtes für Volksgesundheit der NSDAP  
Gau Hamburg



Gesundheitsstanmbuch Nr.



für \_\_\_\_\_

geb. am: \_\_\_\_\_ in: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

Dieser Gesundheitspaß ist sorgfältig aufzubewahren und dem jeweils behandelnden Arzt zur Einsichtnahme beziehungsweise Eintragung vorzulegen

tionalsozialisten "lebensunwertes Leben" selektiert haben, denen entsprechen, die auch heute die Vorstellung davon, wie ein "normaler" Mensch zu sein ha-

be, und wer, weil nicht an die Erfordernisse dieser Normalität anzupassen, besonders behandelt werden müsse, konstituieren (was nicht heißt, daß die Aussonderung sich heute identischer Methoden bedient oder gleichermaßen mörderische Folgen hat).

Vor allem auch mit der um sich greifenden gesellschaftlichen Ablehnung "Behinderter" beschäftigt sich das zweite Buch, **"Tödliche Ethik"**. So schreibt hier beispielsweise Franz Christoph in seinem Aufsatz "(K)ein Diskurs über "lebensunwertes Leben"!

"Der perfekt gesunde Mensch gilt mehr und mehr als höchste Stufe der Lebensqualität. Die alltäglichen und nicht mehr zu verschweigenden Umweltkatastrophen fördern die Sehnsucht nach "einem gesunden Körper in einem gesunden Geist". Weil Behinderte diese neuen Zeitgeistkriterien nicht erfüllen, entstand eine neue Qualität von Behindertenverachtung: Behinderte sind heute Abschreckungsmodell, das Gegenbild zum Gesundheitsideal. Sie werden dazu benutzt, um vor den Schrecken eines

möglichen Atomkrieges oder vor Umweltschädigungen zu warnen.

Einer der Autoren, **Udo Sierk**, hatte schon in einem früheren Buch "Das Risiko, nichtbehinderte Eltern zu bekommen", eine aufschlußreiche Beobachtung beschrieben:

"Die Demonstration gegen das Atomkraftwerk hat den Platz zur Zwischenkundgebung erreicht...Die erste Rednerin oder der zweite Sprecher begründen den gerechten Kampf "Wir stehen hier auch für unsere Kinder! Sie sollen keinen mißgebildeten Nachwuchs bekommen!" Jawohl, Beifall brandet auf. Dem Behinderten auf der Demo wirds mulmig: Er steht als Elendsmuster da. Drastischer ausgedrückt, hätte es heißen müssen: "Paßt bloß auf, daß es nicht noch mehr Krüppel gibt, wie ihr ihn dort seht."

Gerade das Alltagsbewußtsein der sogenannten "Normalen" ist oft von der Problematik geprägt, die Tolmein in seinem Anfangskapitel so beschreibt:

"Ein Buch über "Euthanasie" zu schreiben, erfordert auch eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Menschen-

bild. Es als weißer, nicht-behinderter, männlicher Angestellter zu tun, also als jemand, der die Normen der westlichen kapitalistischen Welt im wesentlichen erfüllt, birgt Schwierigkeiten in sich."



Wenn immer mehr Menschen mit den angedeuteten "Schwierigkeiten" sich zumindest zu beschäftigen anfangen, wäre schon ein großer Schritt getan. Hierzu kann das Lesen der genannten Bücher ebenfalls hilfreich sein:

**O. Tolmein, Th. Degener: Geschätztes Leben. Die neue "Euthanasie"-Debatte; Konkret Verlag, 232 Seiten, 28 DM**

**T. Bruns, U. Penselin, U. Sierk: Tödliche Ethik; Verlag Libertäre Assoziation, 96 Seiten, 12,80 DM.**

# ANTIFASCHISMUS GEGEN KRIEGERISCHE NEUORDNUNG DER WELT!

14. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW am 11. Mai in Aachen

Am Samstag, 11. Mai, findet in Aachen die 14. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen aus NRW statt. Die Schwerpunkte der Konferenz:

Der Golfkrieg und seine Folgen, neuere Entwicklungen bei faschistischen Organisationen und internationale Aspekte.

Die Arbeitsgruppen sind in drei Themenfelder gegliedert:

"Aggression nach außen", "Repression im Inneren", "Gegenkräfte".

Die Konferenz beginnt um 10.00 Uhr und endet um 18.00 Uhr.

Der Konferenzort stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

## "Erste" und "Dritte" Welt

Der Golfkrieg und die Absichten zur Neuordnung der Welt.

Gesprächspartner: Siegbert Gossen, Dritte-Welt-Forum Aachen.

## Weltmacht mit Vergangenheit

Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Ein gesellschaftlicher Konsens in Gefahr: Die geplante Grundgesetzänderung soll die BRD erneut zur kriegsfähigen Weltmacht machen. Wir wollen uns zum einen mit den bisherigen Militärstrategien Deutschlands und seinen Kriegszielen, vor allem aber mit der geplanten Grundgesetzänderung und weiteren Maßnahmen auseinandersetzen, die die BRD wieder zu einer kriegsführenden Nation machen sollen. GesprächspartnerInnen:

Annelie Buntenbach, Landesvorstand Die Grünen; M. Ortmann, Die Grünen; angefragt: K. Otto, SPD-Unterbezirksvorstand Bielefeld; H.D. Koch, VSP, Redakteur der "SoZ".

**Europäische Neuordnung: Nationalismus, Revanchismus, Regionalismus und die Rolle der BRD**

Der wachsende Nationalismus in Osteuropa und seine Folge, angebliche "Minderheiten-Schutzpolitik", verschaffen dem deutsch geführten EG-Kapital bei der Neuordnung Europas Ausgangspositionen, wie sie in den 20er und 30er Jahren existierten. Deutsche Minderheiten in Osteuropa werden über nationalistische Propaganda als Brückenköpfe aufgebaut. Städtepartnerschaften dienen jetzt mehr der Expansion als der internationalen Verständigung. Konzepte der Förderung bornierter Regionalkulturen sollen ideologischen Kleister für die sozialen Schluchten liefern, die ein neudeutsches EG-Imperium in Osteuropa aufreißt. Solche Konzepte sind bereits breit verankert, werden z.B. von einem Vordenker der SPD wie Peter Glotz mitgetragen. Gesprächspartner: Peter Kratz, Bonner Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus".

## Vom "Historikerstreit" zu "Hussein=Hitler" - Relativierung und Auslöschung der Shoa

In dieser Arbeitsgruppe soll anhand ausgewählter Textbeispiele der Abgesang auf jegliche "Aufarbeitung der Vergangenheit" im Sinne Adornos, wie sie sich

im letzten Jahr fünf in der öffentlichen Diskussion durchgesetzt hat, diskutiert werden. Das reicht von Noltes "Erklärung" von Auschwitz als "asiatische Tat" bis zum "Export" Hitlers in den Irak, womit deutsche Geschichte endlich reingewaschen ist, so daß das neue Deutschland endlich in aller Welt beliebig schalten und walten kann, wie es seine materiellen Interessen erfordern.

Gesprächspartner:

Alfred Schobert, Aachen.

### **Verfolgungsmaßnahmen gegen Teile der Friedensbewegung und die Rolle der Zensur im Zusammenhang mit dem Golfkrieg**

GesprächspartnerInnen:

angefragt: IG Druck und Papier, Betroffene.

### **Aktuelle Entwicklungen bei den Faschisten - Von den Republikanern zur Deutschen Allianz**

Die faschistische Parteibildung ist nicht abgeschlossen. Hinter dem neuen Konzept von Neubauer und anderen zur Bildung der "Deutschen Allianz" stehen strategische Überlegungen. Sie wollen eine offene nationalrevolutionäre Bewegung aufbauen. Die Republikaner dagegen werden das Bündnis mit den Konservativen suchen. Alles nach der Devise "Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen". Deutlich erkennbar war dies auch an den Stellungnahmen zum Golfkrieg.

GesprächspartnerInnen:

Leute vom Antifa-Forum Köln.

### **Sozialer Kahlschlag, Betriebsstillegungen, Berufsverbote - Folgen des Anschlusses der DDR**

Hunderttausende haben in den letzten Wochen gegen den Abbau sozialer Leistungen und den Zugriff der westdeutschen Konzerne auf die früher kommunalen, genossenschaftlichen oder staatlichen Betriebe in der ehemaligen DDR demonstriert. Nicht zuletzt deswegen werden viele Beschäftigte vor allem aus dem Bildungswesen und der ehemaligen Verwaltung auf ihre Gesinnung überprüft. Ehemaligen SED-Funktionären und Linken drohen Berufsverbote. Wie können AntifaschistInnen in den westlichen Bundesländern den Wi-

derstand gegen die Anschlußpolitik unterstützen?

GesprächspartnerInnen:

Leute aus der ehemaligen DDR, u.a. von der PDS.

### **Gegen reaktionäre Ausländerpolitik**

AusländerInnen werden in der BRD zunehmender Diskriminierung und Unterdrückung unterworfen. In der Arbeitsgruppe sollen zwei Themen diskutiert werden: 1. Wie kann die Forderung nach Wahlrecht für AusländerInnen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts durchgesetzt werden? D. Kreutz wird zum Gesetzentwurf seiner Fraktion zur Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft referieren.

2. Wie kann die Forderung nach Bleiberecht für Roma weiter unterstützt werden?

GesprächspartnerInnen:

Daniel Kreutz, MdL Die Grünen; Günter Haverkamp, Zeitschrift "ID Asyl", eingeladen sind auch VertreterInnen der Rom und Cinti-Union NRW.

### **Europäische antifaschistische Zusammenarbeit**

In der Arbeitsgruppe werden Berichte aus den Niederlanden, Belgien und der BRD über antifaschistische Aktivitäten vorgestellt, über Verhinderungsstrategien diskutiert, ein gemeinsames Vorgehen geplant. Das Schengener Abkommen, die Haltung der EG zum wachsenden Rassismus und Faschismus und die Agitation der Euro-Rechten werden thematisiert.

GesprächspartnerInnen:

Karl Mathieu, Niederlande; Kurt Heiler, Aachen; angefragt: Jos Bertrand, Mitarbeiter der belgischen Sozialisten im EG-Parlament.

### **Kurdistan nach dem Krieg am Golf: Der Kampf um Selbstbestimmung und Freiheit geht weiter**

Der Krieg am Golf hat keines der Probleme der Region gelöst, diese Probleme vielmehr noch weiter vertieft und neue Probleme hinzugefügt. Der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der

Völker der Region, insbesondere der Kurden und der Palästinenser, ist eher noch schwieriger geworden. Die "Friedenspläne" des Westens sehen ein solches Selbstbestimmungsrecht nicht vor, sondern eine Kontrolle der Region und ihrer Reichtümer.

GesprächspartnerInnen:

Leute vom AK Kurdistan-Solidarität und vom Kurdistan Komitee Köln.

### **Kritische Analyse von Frauenaktionen gegen den Golfkrieg und Strategiediskussion (nur für Frauen)**

An Aktionsformen, an den Inhalten ihrer Flugblätter und Aufrufen läßt sich ablesen, welche Ursachen des Golfkrieges Frauen sahen, wie sie die Entstehung der Konflikte im Nahen Osten einschätzten und welchen Strukturen und Gruppierungen sie die Schuld zuwiesen. Manchmal entstanden aus allzu einfachen Weltbildern verzerrte Feindbilder, die oftmals die Aggressoren und Unterdrücker unbehelligt ließen. Nicht immer war der Protest wirkungsvoll, häufig kurzatmig. Wir wollen die Kritik

produktiv nutzen für eine Strategiediskussion um Formen und Inhalte von feministischem Widerstand und Protest.  
Gesprächspartnerinnen:  
feministische antifa Bonn.

### **"Multi-Kulti"**

Das Programm "multikulturelle Gesellschaft" soll nach Auffassung seiner Befürworter durch "Begegnung der Vielfalt der Kulturen" zu einem harmonischen, friedlichen Miteinander führen. Die Arbeitsgruppe wird sich mit den - durchaus unterschiedlichen - Ausgangspositionen dieses Modells beschäftigen. Schließlich soll das "Multi-Kulti"-Konzept auf Unterschiede und Übereinstimmungen zum Ethnopluralismus-Modell der Neuen Rechten analysiert werden. In der Arbeitsgruppe sollen allerdings nicht nur theoretische Modelle diskutiert werden, sondern auch eigene Erfahrungen. Wir wollen versuchen, Vorschläge für antirassistische Strategien zu entwickeln.

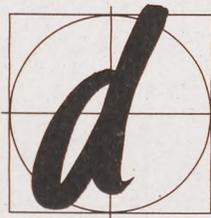
Gesprächspartnerin:

Irmgard Pinn, Aachen.

### **Anzeige**

## **Der neue Trend: Chlorfrei\* gebleicht!**

offsetdruck + reprographie



**druckwerk**

penningskamp 12a  
4600 dortmund 30  
telefon 0231/43 1821



\* Wir bieten eine Vielzahl chlorfrei gebleichter Papiere aller Qualitäten an, das entlastet die Umwelt und schont die Gewässer.

# VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN IN DER KRISE - TEIL III

In den letzten beiden Ausgaben der "AntifaZ" haben wir eine Kritik des Herner Kreisverbandes der VVN-BdA (Heft 27) und die Antwort des NRW-Landesvorstandes (Heft 28) abgedruckt. Jetzt bringen wir den Beitrag eines ehemaligen Mitglieds der VVN-BdA. Versucht wird, die Bewegungsunfähigkeit dieser großen Organisation in den so ereignisreichen Zeiten (Stichworte: Niederlage der realsozialistischen Staaten, "neue Weltordnung", etc.) ansatzweise zu erklären.

Die Krise der 1947 als "**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes**" gegründeten VVN-BdA(1) ist umfassend.

Positive Elemente, die von dieser Organisation, z.B. durch ihren effektiven Apparat, natürlich auch ausgingen, traten oft hinter Negativpunkten zurück. Man kann sich in vielerlei Hinsicht darüber Gedanken machen, warum jüngere gesellschaftliche Entwicklungen, die jetzt überall zentrale Elemente der Antifa-Arbeit sind, an der VVN-BdA so spurlos vorüber gehen. Beispielsweise die neu entfachte "Euthanasie"-Diskussion, die Gen- und Reproduktionstechnologien, oder aber auch die Gefahrenmomente, die aus dem DDR-Anschluß und die Art und Weise seines Zustandekommens erwachsen (s. Arbeitslosigkeit, soziale Not, neofaschistische Potentiale, etc.). Was versucht werden muß, ist, die praktische Handlungsunfähigkeit auf die Ursachen in Theorie und Programmen der VVN-BdA zurückzuführen.

Bezeichnend für die rückwärtsgerichtete Sichtweise der VVN-BdA ist, daß das Postulat der "**antifaschistisch-demokratischen Republik**" die positive Perspektive der Programmatik ist(2). Daß sich diese Forderung historisch aller spätestens seit Beschluß des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 erledigt hat(3), wird nicht gesehen, oder soll nicht gesehen werden.

Mit solch einer gesellschaftspolitischen Perspektivkonzeption ist natürlich keine Organisation fähig, Anschluß an real stattfindende Gesellschaftsentwicklungen zu finden.

Eine ständig wiederkehrende Behauptung der Tatsache, daß der in den An-

fängen der BRD geführte Kampf für eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung auch heute noch genauso seine Gültigkeit habe, führt zwangsläufig zu Aktionismus und Blindheit gegenüber anderen Entwicklungen.

Für weite Teile der VVN-BdA hatte die DDR im Sinne des Antifaschismus Modellcharakter. Sie sei ein "auf antifaschistischen Fundamenten errichteter" Staat gewesen (4). Die neofaschistische Entwicklung in der ex-DDR führt uns nun die Grenzen einer staatlich angeordneten antifaschistischen Orientierung deutlich vor Augen. Das Scheitern des "antifaschistischen Modells" DDR führte aber in der VVN-BdA zu keiner ernsthaften Diskussion, weder über konkrete Fehler in der DDR(5), noch über grundsätzliche Fehleinschätzungen im Rahmen der formalistischen Forderung einer "antifaschistisch-demokratischen Republik".

Tatsächlich war die Entwicklung der VVN-(BdA) mit der der KPD bzw. seit 1968 mit der DKP politisch eng verbunden. Es existierte auch eine erhebliche finanzielle Unterstützung durch die DKP und das (staatliche) Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, die erst im Dezember 1989 bekannt gemacht wurde.

Diese finanzielle und die politische Abhängigkeit, die durch den hohen Anteil von DKP-Mitgliedern in der VVN-BdA verstärkt wurde (6), bedingen die Verwandtschaft der politischen Handlungskonzepte von DKP und VVN-BdA. Anstatt gesellschaftliche Entwicklungen zu beobachten und gegebenenfalls zu bekämpfen, oder sich anderen sozialen Bewegungen anzuschließen, werden Programme und Kampagnen entworfen, denen sich dann

"die Massen" anzuschließen haben (7). Hier deutet sich auch schon an, warum die VVN-BdA sich neuen Themen nur so schwer öffnen konnte, während sie alte Dogmen (s.o.), die sich als historisch überholt erwiesen hatten, weiter propagierte.

Es scheint offensichtlich, daß sich die VVN-BdA hier in einem Teufelskreis aus Realitätsverlust (die VVN-Kampagnen waren Kopfgeburten) und Aktionismus befindet. Man bemühte sich zwar ständig, mit Aktivitäten in gesellschaftliche Prozesse einzugreifen, war aber gleichzeitig nicht in der Lage, die gesellschaftlichen Realitäten zu erkennen und richtig einzuordnen, oft genug einer falschen Solidarität gegenüber der DDR geschuldet. Latent war die Krise in der VVN-BdA schon immer spürbar, sie äußerte sich aber aufgrund eines u.a. durch die relative Homogenität (s.o.) verursachten "Kadavergehorsams" höchstens in mangelnder gezielter Aktionsfähigkeit. Innerhalb der VVN-BdA kam sie nie zur Sprache. Sie blieb so auch immer eine relativ homogene politische Gruppierung. Unabhängigen Positionen hat sich die VVN-BdA nie geöffnet, was erklärt, warum Vertreter dieses Spektrums sich

von der VVN-BdA nicht angezogen fühlen konnten(8).

Zudem wenig repräsentativen Charakter der VVN-BdA mag auch beigetragen haben, daß sie als Verfolgten-Organisation sozialdemokratischen, kommunistischen und auch konservativen Widerstand (9) gegen das Naziregime repräsentierte. So blieb wenig Platz für Positionen, die sich für eine radikale Demokratisierung gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen einsetzten, um so dem Faschismus und den Kräften in Wirtschaft und Politik, die ihn gefördert haben, die Grundlagen zu entziehen (10).

Hier ist ein weiterer politisch problematischer Bereich der VVN-BdA angesprochen, nämlich die Einordnung des antifaschistischen Widerstandskampfes gegen das Dritte Reich.

Bei aller Wichtigkeit historischer Wurzeln und der moralischen Legitimation, die von ihnen ausgehen, ist es politisch falsch, diesen Widerstand zur entscheidenden Quelle antifaschistischer Arbeit zu machen. Hierfür schlechtestes Beispiel ist wiederum die DDR: Die Gefahr des Faschismus wurde vollständig aus der jeweiligen konkreten gesellschaftlichen Situation herausgelöst und in die Vergangenheit, sprich das Dritte Reich, verlagert.

Die DDR-VVN hat sich dementsprechend 1953 aufgelöst (11), was mit Vollendung (!) der antifaschistischen Entwicklung in der DDR begründet wurde. Wie falsch das war, können wir an den antidemokratischen Grundhaltungen (die mit Sicherheit vielfältigen Faktoren geschuldet sind) in der ex-DDR gut beobachten.

Abschließend läßt sich noch sagen, daß es wohl ein beinahe aussichtsloses Unterfangen sein dürfte, die genauen Ursachen für das Scheitern der VVN-BdA zu benennen, da sich z.B. ein Dogma, wie das der "antifaschistisch-demokratischen Republik", nur schwer inhaltlich kritisieren läßt. Was aber versucht werden kann (und nur das habe ich hier versucht), ist, einen Eindruck von den Bedingungen, in denen sich die antifaschistische Arbeit der VVN-BdA entwickelt hat, zu vermitteln.

**Die VVN-BdA wurde doppeltes Opfer:**

Einmal Opfer der lähmenden und falschen Solidarität der Mehrzahl ihrer



Gerd Arntz

"Krieg", 1931

Mitglieder gegenüber der damaligen DDR.

Zum zweiten Opfer eines Kalten Krieges, der nur zwei Möglichkeiten kannte, für oder gegen das politische System des Kapitalismus. Die (sehr) vorsichtige Kritik der VVN-BdA an bestimmten gesellschaftlichen Mißständen wurden schon als "Systemfeindschaft" aufgefaßt. Dagegen wehrte sich die VVN-BdA. Ausdruck dieser Situation war, daß von ihrer Seite versucht wurde, ein positives Verhältnis zum Staat BRD aufzubauen, der ja angeblich (dank der antifaschistischen Bemühungen) doch auch positive Seiten habe. Eine sehr ähnliche Auffassung über den mittlerweile antifaschistisch reformierten Charakter der BRD findet sich übrigens auch bei relevanten Kreisen der DKP (12).

Den Wahrheitsgehalt dieser Auffassung führt uns der Umgang der BRD mit der ex-DDR deutlich vor Augen.

In diesen Fragen besteht m.E. das Haupthindernis für eine Weiterentwicklung der VVN-BdA.

Ich würde es begrüßen, wenn Noch-Mitglieder die Diskussion über die aufgeworfenen Fragen aufgreifen würden.

### Anmerkungen:

(1) Seit 1971 heißt die Organisation "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes-Bund der Antifaschisten"(VVN-BdA).

(2) Dieses Postulat der "antifaschistisch-demokratischen Republik" bezog sich auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom August 1945. Hier beschlossen die Siegermächte die Verurteilung der Kriegsverbrecher und die Entflechtung des Monopolkapitals.

(3) Das gegen den Widerstand von SPD, KPD und Gewerkschaften durchgesetzte Betriebsverfassungsgesetz von 1952 war letzte Konsequenz einer gesellschaftspolitischen Grundentscheidung gegen die Entmonopolisierungs- und Entnazifizierungsforderungen der Potsdamer Konferenz und für die Restauration gesellschaftlicher Struktu-

ren.

(4) So die VVN-Zeitung "antifaschistische Rundschau"(ar) vom Oktober 1989.

(5) Vgl. Jupp Angenfort in dem NRW-Faltblatt "Antifaschistische Nachrichten" vom Ende letzten Jahres.

(6) Zu Beginn des Kalten Krieges reduzierte sich die VVN, aufgrund der starken außen- und innenpolitischen Polarisierung zwischen Realsozialismus und Kapitalismus, fast ausschließlich auf die kommunistischen Widerstandskämpfer.

(7) M. Kohnen hat dieses Konzept der DKP in REVIER 4/89 analysiert.

(8) Der Anspruch der VVN-BdA, etwas besonderes zu sein bzw. eine herausragende Stellung als Verfolgten-Organisation zu haben, ist schon von daher nicht haltbar, da die VVN-BdA nicht einmal eine für das Antifa-Spektrum repräsentative Mitgliedschaft hat.

(9) Zwar waren Kommunisten, vor allem wegen der weit höheren Last im Widerstand, in der Mehrzahl, aber es waren auch so prominente konservative Nazigegner wie Pastor Niemöller VVN-Mitglied.

(10) Daß sie quantitativ im Antifa-Spektrum keine Rolle spielten, kann für eine Bündnisorganisation, die sich stets um eine große Breite (vor allem nach rechts) bemühte, kein Argument sein.

(11) 1947 wurde in der SBZ, parallel zu den westlichen Besatzungszonen, ebenfalls eine VVN gegründet. Seit deren Auflösung gab es dort das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR.

(12) So Judick/Schleifstein/Steinhaus in "KPD 1945-1968: Dokumente", Neuss 1989, S. 124 f.: "Und der Prozeß der Identifikation der bundesdeutschen Kommunisten mit ihrem Land, dessen herrschende und regierende Kreise sie über Jahrzehnte hinweg wie Aussätzige behandelten, brauchte seine Zeit und war an bestimmte Voraussetzungen gebunden."

Nämlich: "Er konnte ernsthaft nur eingangkommen, als in der Bundesrepublik selbst - neue demokratische und progressive Entwicklungslinien begründet wurden. Erst in dieser sich verändernden Bundesrepublik konnten die Kommunisten beginnen, wirklich heimisch zu werden."

## BUCHBESPRECHUNG

Heinz Hentschke, Moor und Heide ringsumher

In der letzten Ausgabe der AntifaZ haben wir die Besprechung der Buches "Moor und Heide ringsumher" von Heinz Hentschke angekündigt. Inzwischen liegt uns das Buch vor, so daß wir es unsern LeserInnen vorstellen können.

Das Buch von Heinz Hentschke, Jahrgang 1904, erschienen 1990 im Berliner Dietz Verlag, noch in der German Democratic Republic, beschreibt in seinem überwiegenden Teil die Hafterlebnisse des Autors, die er teils im Zuchthaus Luckau, teils in den Emslandlagern VII, Esterwegen, und Lager II, Aschendorfermoor, erfahren hat.

Außerdem erfahren wir einiges über den Lebenslauf des Heinz Hentschke, sowohl vor seiner Verhaftung durch die Nazis als auch nach der Befreiung vom Faschismus, während des Aufbaus der DDR bis heute. Vorab einige Sätze über den Autor dieses Buches:

Er ist am 10. April 1904 als Sohn eines Schlossers und einer Krankenpflegerin in Friedrichsberg, dem heutigen Berlin-Lichtenberg, geboren. Nach seiner Schulzeit begann er eine Lehre als Schriftsetzer in der Königlichen Hofbuchdruckerei E.S. Mittler & Sohn in Berlin-Mitte.

Die Lehrzeit dauerte vier Jahre.

Am 9. November brachte er, als er wie gewöhnlich mit Schrippen vom Bäcker kam, die Nachricht in den Setzsaal, daß die Revolution ausgebrochen war. Der Meister verbot den Lehrlingen, auf die Straße zu gehen, während die anderen Arbeiter demonstrierten.

Im April 1919 ist Heinz zur **Freien Sozialistischen Jugend** gestoßen, die unter Liebknichts Führung stand. Der Junge Heinz erhielt eine Mark Lehrlingsgeld wöchentlich, abzüglich 32 Pfennig Sozialbeitrag, Grund genug, zu dieser Organisation zu stoßen.

Abends ging Heinz öfter von seiner Lehrdruckerei in die Friedrichstadt-Druckerei, in der die "Rote Fahne" gedruckt wurde. Diese Druckerei besaß damals noch keine Setzmaschinen; sie stellte die Zeitung noch im Handsatz her.

1921 flog Heinz aus der Lehre, weil er sich mit anderen dafür eingesetzt hatte, daß im Buchdruckerverband eine Lehrlingsorganisation gegründet wurde und weil er aus der Kirche ausgetreten war.

1920 war er dabei, als der Kapp-Putsch niedergedrungen wurde. Er selbst trug eine Schußverletzung davon.

Er wurde Mitglied des **Kommunistischen Jugendverbandes Deutschland** und ist am 7. November 1924 der KPD beigetreten.

Er ist Fichte-Sportler gewesen und gehörte dem **Roten Frontkämpferbund (RFB)** an.

In den zwanziger Jahren war er wie viele häufiger arbeitslos, 1930 wurde er, als er wieder Arbeit hatte, für kurze Zeit zum roten Betriebsrat bei der Firma Hackebeil-AG gewählt.

Ende Januar 1931 war er wieder arbeitslos, einer von sechs Millionen im damaligen Deutschland.

Am 9. März 1931 konnte er in den Internationalen Arbeiterverlag als Herstel-



Heinz Hentschke spricht am Tag der Befreiung vom Faschismus 1987 auf einer Kundgebung ehemaliger Häftlinge auf dem Ehrenfriedhof Bockhorst/Esterwegen, 9. Mai 1987

ler eintreten. Diesem Parteiverlag war die Verlagsabteilung des ZK der KPD angegliedert, die für die Herausgabe politischer Broschüren sorgte. Diese stellte Heinz Hentschke her. Seit Anfang 1932 gehörte er dann der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD an.

Mit der "Machtübernahme" der Faschisten in Deutschland - im Februar 1933 - wurden die KPD und all ihre Nachfolgeeinrichtungen verboten und aufgelöst. Ihr Organisationseigentum fiel der Beschlagnahme durch den Staatsapparat. Heiz schreibt:

"Mir jedoch war es gelungen, noch rechtzeitig vor dem Verbot durch Verlegung des Verlages aus dem Karl-Liebnecht-Haus nach der Markgrafenstraße 77 wesentliches Verlagseigentum und technische Einrichtungen des Verlages zu retten. Durch den formellen Umzug hatte ich die Möglichkeit, alle Sachwerte zu verkaufen. Der Verkaufserlös führte ich der inzwischen im Untergrund arbeitenden KPD zu. Mir gelang es auch, sämtliche Schreibmaschinen und Abziehapparate ebenfalls der illegalen KPD zu übergeben. (...)

Nun begann ab sofort auch meine Arbeit im Untergrund. Seit dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 lebte ich nicht mehr zu Hause in Berlin-Mahlsdorf, sondern in einer Laube in Biesdorf-Süd bei Leuten, die keine Genossen, aber gute Sympathisanten waren.

Seit November 1932 arbeitete ich für die Abteilung "Hans Blanck" des ZK der KPD, das war jener Apparat der Partei, der dafür sorgte, daß führende Genossen unter anderen Namen ihre illegale Parteiarbeit fortsetzten und demzufolge entsprechende Papiere mit sich führten. Bei der Arbeit als Paßfälscher waren meine fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten sehr dienlich. Nach der Verlagerung von "Hans Blanck" ins Ausland bekam ich den Auftrag von der illegalen Parteileitung, die "Rote Fahne" im Rotaprintverfahren (Rollendruck) herzustellen.

Am 16. Februar 1935 erfolgte meine Festnahme durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) in Berlin. Man schleppte mich zunächst in die berühmte Prinz-Albrecht-Straße 8 zur Vernehmung in das Reichs-Sicherheits-Hauptamt, von dort in die von uns Häftlingen der Gestapo so benannte Columbia-Diele, jene ehemalige Militärstrafanstalt am Rande des Tempelhofer Feldes gelegen.

Aus einer Vernehmung wurden viele grausame Vernehmungen für mich, die trotz aller Mißhandlungen und fürchterlichen Quälereien für die Gestapo zu keinem Erfolg führten. Ich hatte nichts preisgegeben. Und so wurde ich, weil ich von Beruf Schriftsetzer bin, "wegen Herstellen verbotener Druckschriften" im Mai 1935 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt."

## Anzeige

**SONNENBLUME**  
Groß & Reuter  
SPRINGSTR. 2  
RECKLINGHAUSEN  
02361/13 927



- \* Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau  
täglich frisch: Obst und Gemüse  
Brot  
Milchprodukte
- \* Naturkosmetik
- \* Linn-Naturschuhe
- \* Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

So weit Heinz Hentschke persönlich, das Buch handelt nun in vielen sehr lebendig beschriebenen Stationen von diesen acht Jahren Haft bzw. Aufenthalt in den Emslandlagern.

**Wir sind Moorsoldaten  
wir tragen das schwarze Kleid  
Wir sind Kameraden  
allzeit in Ewigkeit.**

So lautet die erste Strophe eines Liedes, das Heinz während seines Aufenthaltes im Arbeitslager II, Aschendorfermoor, geschrieben hat. Es entstand im Februar 1938 und wurde auf die Melodie eines Naziliedes gesungen. Die Gefangenen sangen nun das antifaschistische Moorlied nach der Melodie des Naziliedes, ohne daß es den Posten auffiel.

In dieser Zeit ist Heinz schon in der illegalen Parteiarbeit der KPD im Lager II tätig, nachdem er anfangs im Lager VII, Esterwegen, "untergebracht" war.

Es ist kaum möglich, die Anschaulichkeit der Schilderungen von Heinz aus dieser Lagerzeit wiederzugeben - man muß das Buch lesen!



Heinz Hentschke als Vertreter des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR in Bockhorst/Esterwegen

Sei es die Angst der Häftlinge vor der UA (Sonderunterbringung, die in der Regel zum Tode führte), sei es die Berichte über Fluchtversuche von Kameraden, der Bericht über die "Kolonne 4711", die Jauchefahrer, die Berichte über "Emsländer Ananas" und "Peluskenheini", es ist in einer Buchbesprechung nicht darstellbar, zu welchen viehischen Grausamkeiten die Nazis in der Lage waren.

Umso ermutigender ist es zu lesen, wie sich trotz dieser schikanösen Bedingungen Widerstand organisierte, wie die Häftlinge sich ständig Mut machten, sich gegenseitig solidarisch halfen und die Schwächen ihrer Unterdrücker zu erkennen begannen.

Heinz berichtet dann, wie im Frühsommer 1939 das Gerücht ins Lager drang, daß der Krieg begonnen habe und daß alle Moorlager geräumt würden.

Am 1. September 1939, nach dem Frühappell, wurden alle "langstrafigen" Politischen, die noch mehr als drei Jahre Haft zu verbüßen hatten, zu einem Sonderkommando zusammengestellt, auch für Heinz rückte der letzte Tag seines "Aufenthaltes" im Moor heran. Aber er wechselte nur vom Lager im Moor in das KZ Buchenwald.

Anfang September 1940 erfuhr er dann, "daß alle Politischen, die noch länger als sechs Monate Strafe haben, das Lager verlassen werden." Allerdings hieß das nicht Freiheit, man erfuhr, daß die Politischen wieder in ihre "Mutteranstalten" überbracht würden. Heinz landete also wieder im Zuchthaus Luckau.

Unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Luckau im Jahre 1943 wird Heinz erneut von der Gestapo verhaftet. Bis zur Befreiung ist er in den Händen der Gestapo, die erneut mit allen Mitteln versucht, ihn zu einem Geständnis zu zwingen, das er für "Hans Blanck" gearbeitet hatte. Vergeblich.

Es sei abschließend noch kurz auf den weiteren Werdegang von Heinz Hentschke hingewiesen.

Er begann damit, unter dem Bürgermeister von Köpenick die antifaschistisch-demokratische Verwaltung mitaufzubauen. Heinz war zunächst Sekretär des Bürgermeisters, ab Januar 1946 übernahm er das Arbeitsamt.

Heinz hat dann später noch manche Funktionen - im Verlagswesen, in der Kaderarbeit des DDR-Rundfunks, auf kulturellem Gebiet - ausgeübt.

Inzwischen ist Heinz seit 27 Jahren Rentner und hat am 10. April seinen 87. Geburtstag gefeiert. Von allen Mitgliedern der AntifaZ-Redaktion und sicher auch von all unsern LeserInnen wünschen wir Heinz dazu nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

# ANTIFASCHISTISCHER RATSCHLAG IM KREIS RECKLINGHAUSEN

Ursprünglich für zwei Tage geplant, fand der Antifaschistische Ratschlag für den Kreis Recklinghausen doch nur an einem Tag, am 20. April, statt. Anstelle der erwarteten 40-60 TeilnehmerInnen waren es dann gerade mal 25 Leute, die den Weg ins Hertener Jugendzentrum Nord gefunden hatten. Von den erwarteten 6 ReferentInnen waren auch nur 3 erschienen, statt um 10.00 Uhr zu beginnen, konnten die Veranstalter schließlich nach dem Mittagessen gegen 13.45 Uhr die Beratung eröffnen. Doch trotz aller Widrigkeiten waren sich anschließend alle Anwesenden einig: Es war ein erster Schritt voran aus einer Talsohle der Antifa-Arbeit im Kreis Recklinghausen.

## Erfahrungsaustausch:

Das Wichtigste an der Beratung war zweifellos der Austausch der Erfahrungen zwischen den anwesenden Antifa-Gruppen: Es waren Leute der Antifa-Gruppen aus dem Recklinghäuser

Jugendzentrum Heinrich-Pardon-Haus, der Recklinghäuser Antifa, dem Hertener Jugendzentrum Nord und aus dem Antifaschistischen Bund anwesend. Bisher konnten sich diese Gruppen so gut wie gar nicht, allerdings war die Gruppe aus dem Hertener Jugendzentrum erst vor vier Wochen gegründet worden. Spannend wurde es, als ein Mitglied dieser Gruppe seinen Werdegang vom ehemaligen Skinhead zum jetzt aktiven Antifaschisten berichtete.

Es wurde deutlich, daß die "harte" neofaschistische Szene im Kreis RE in den vergangenen zwei Jahren stark zugenommen hat: Die Zahl der aktiven Neonazis (einschließlich der rechtsextremen Skins) wurde auf ca. 120 geschätzt. Vor zwei Jahren lag die Zahl noch bei etwa 20. Als gefährlichste Gruppierungen wurden die FAP und die im Raum Marl aktive NSdAP-AO genannt. Die organisierte Arbeit der FAP dehnt sich inzwischen vom Oberzentrum Oer-Erkenschwick auf Recklinghausen, Hertener, Marl, Castrop-Rauxel, Waltrop und Dorsten aus.

Weiter wurde festgestellt, daß die Faschisten ihre "Arbeitsweise" stark geändert haben: Ihre Treffpunkte wech-



seln ständig, beliebte Treffs sind bestimmte Kneipen wie "Mephisto" in Recklinghausen oder "Kutscherstübchen" in Marl, aber hier treten sie nicht offen als Parteimitglieder auf, sondern pflegen nur locker die "nationale Kameradschaft". Es wird auch kaum noch so wie früher mit Aufklebern oder anderen Propaganda-Materialien gearbeitet, sondern der Schwerpunkt liegt bei den Gesprächen an wechselnden Orten. Beliebter Treffpunkt sind hierbei Spielplätze oder Freizeitanlagen, die nach Feierabend in der Regel nicht gestört werden.

Gemeinsames Merkmal dieser Treffen: Sie sollen möglichst "konspirativ" sein und gerade dadurch eine besondere Anziehung auf vor allem Jugendliche ausüben. Auffällig auch, daß als Zielgruppe schon 12-14-Jährige angesprochen werden, die dann von älteren Ju-

gendlichen "angeleitet" werden. Aktionen sind (vorerst) relativ selten, denn wenn etwas gemacht wird, soll es auch "richtig zur Sache gehen", wie zum Beispiel bei einem Brandanschlag auf eine Hertener Moschee. Als "gelungene" Aktion sehen die Nazis wahrscheinlich auch eine "Demonstration" von Hertener bis in die Recklinghäuser Innenstadt an, die sie während des Golfkriegs unternahmen, um die Recklinghäuser Fackel-Mahnwache anzugreifen, die allerdings zu dem Zeitpunkt schon beendet worden war - die Nazis kamen etwa eine Stunde zu spät.

Weitere "Aktionsformen" sind Schmierereien (Hakenkreuze, etc) auf Asylbewerber-Unterkünften und direkte Angriffe auf AusländerInnen, vor allem TAMILIN ( was auch in anderen Städten wie etwa Herne inzwischen zu einer Art "Volks"-Sport sich entwickelt).

Die Leute aus dem Heinrich-Pardon-Haus berichteten von einigen Antifa-Film-Abenden, an denen bis zu 80 Leuten teilnahmen, allerdings wurde auch bei ihren Berichten wie bei allen anderen Gruppen deutlich, daß es den AntifaschistInnen insgesamt schwerfällt, eine auch nur ein wenig breitere Öffentlichkeit anzusprechen - die Gleichgültigkeit oder eher sehr rechte Grundeinstellung vieler "normaler" Bürger wurde oft beklagt.

Die Frauen aus der Antifa berichteten von Veranstaltungen zum § 218 und zum neuen Ausländergesetz, allerdings sei es gerade in letzter Zeit, vor allem

durch die Erfahrungen während des Golfkrieges hervorgerufen, zu einer ziemlichen Frustration bei vielen von ihnen gekommen, so daß zur Zeit kaum Aktivitäten möglich sind.

Der AFB berichtete von der Unterstützung der Recklinghäuser Roma mit dem Höhepunkt einer Demonstration am vergangenen Antikriegstag sowie von einem Antirassismus-Fest, welches auf dem Hintergrund des Jahrestags der "Reichspogromnacht" im vergangenen November stattfand.

Am AFB wurde kritisiert, daß er früher mehr direkte Aktivitäten gegen Faschisten organisiert habe. Der Kritik wurde zum Teil zugestimmt, jedoch wurde von AFB-Leuten auch kritisch erwähnt, daß im Kreis RE in der "Szene" häufig eine derartige "Gerüchte-Küche" herrsche, daß es schwerfalle, bei jedem Anruf aktiv zu werden. Beispielsweise waren im vergangenen Jahr mehrmals Anrufe aus Castrop-Rauxel gekommen, die sich dann als Fehlinformationen herausstellten. Als aber tatsächlich ein größerer Skinaufmarsch in Castrop-Rauxel stattfand, wurde niemand informiert, auch die Castroper Antifas wurden hiervon offenbar überrascht.

Festgehalten wurde aber, daß dies hauptsächlich daran läge, daß die Faschisten einiges an "Verwirrspielen" dazugelernt haben.

## Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle 2 Monate erscheint. Namentlich ge-

kennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/26 345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/2 16 86

Redaktionssitzung:

Mittwoch, 19.-21.00 Uhr

Bankverbindung:

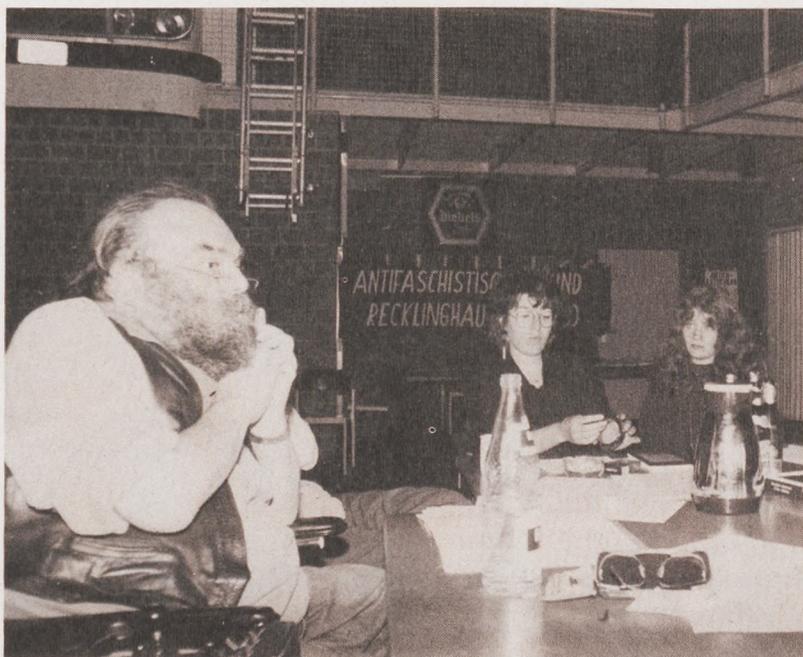
BLZ 426 500 30

Kto.-Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Carsten, Bernhard S., Eckerhardt, Ingrid, Falko, Hermann B., Wolfgang T., Petra O., Stefan S., Klaus D., Thorsten Th.



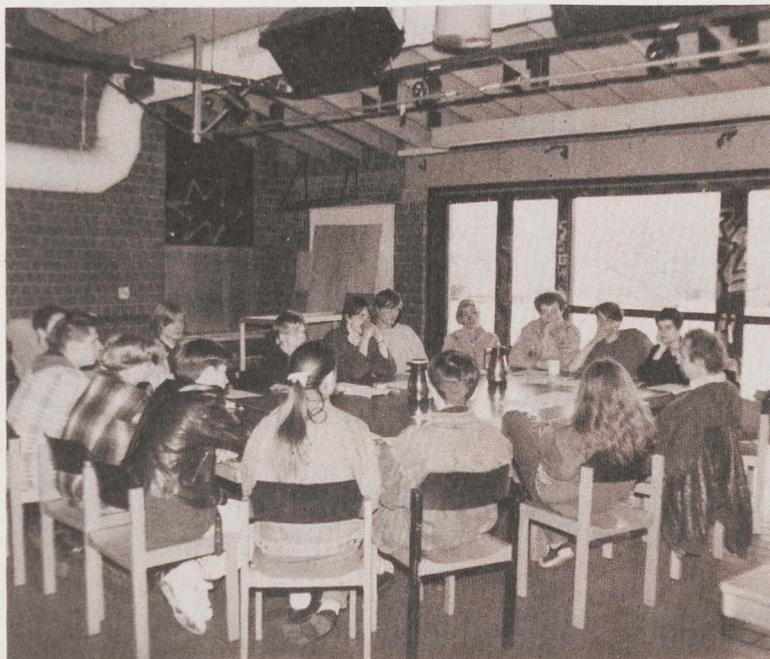
Gusti und Erika

## Die Arbeitsgruppen

Da als ReferentInnen nur Angelika Prömm für das Thema "Zusammenhang von Rassismus und Faschismus" sowie Erika Feyerabend vom Genarchiv Essen für das Thema "Gen- und Reproduktionstechnologien" und Gusti Steiner aus Dortmund für das Thema "Die neue Euthanasie-Debatte" anwesend waren, wurden keine Arbeitsgruppen eingerichtet, sondern die Themen jeweils in der Gesamtgruppe nacheinander diskutiert. Allerdings waren die Interessen beim Thema "Rassismus und Faschismus" deutlich unterschiedlich: Etwa zehn Leute verließen während der Diskussion zu diesem Thema das Haus, waren nur noch genervt oder fanden die Diskussion, vornehm ausgedrückt, zu "anspruchsvoll". Die Kritik dürfte wohl voll zutreffen, und es wäre sicher sinnvoll gewesen, **vor der Diskussion** zu klären, ob überhaupt Interesse bei den Leuten an der Zielsetzung der Referentin bestand: Zumindest die Leute, die dann auch nicht mehr zu bewegen waren, an der weiteren Beratung teilzunehmen, waren sauer. Kommentare: Wir machen aktive Arbeit **gegen** die Nazis, also haben wir keine Lust, **uns selber** erst einmal als "Rassisten" zu bezeichnen.

Sehr spannend, informativ und lebendig für alle Beteiligten verlief dann zum Schluß die Gesprächsrunde mit Erika Feyerabend und Gusti Steiner.

Gusti berichtete über die Entwicklung der Euthanasie-Diskussion in den zwanziger Jahren bis zum Faschismus sowie



die seit einigen Jahren in der BRD neu entfachte und inzwischen hoffähig gemachte "neue" Euthanasie-Diskussion. Fazit: Erneut wird angestrebt, die Vernichtung "unwerten" Lebens gesellschaftlich konsensfähig zu machen und staatlich legalisieren zu lassen. Körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen, Alte und Schwerkranke sollen keine unnötigen Kosten verursachen und von daher legal getötet werden. Ideologisch abgesichert werden soll dies mit der scheinbar humanen Forderung, Menschen sollen das "Recht" haben, sich von Fremden töten zu lassen, sollen das "Recht" haben, einem "leidvollen Leben" ein Ende setzen zu lassen.

Erika und Gusti ergänzten sich in ihren Beiträgen hervorragend: Pränatale, perinatale und sonstige "Vorsorge-Untersuchungen" rund um den Geburtsvorgang haben das Ziel, mit Hilfe der neuesten Apparaturen "exakt" festzustellen, ob ein "normales" oder ein nicht normgerechtes Kind zur Welt kommen wird.

Beide lehnten den gesamten Hintergrund einer solchen "Normal"-Definition des Menschen ab, wie er sich am deutlichsten bei dem australischen "Philosophen" P. Singer finden läßt (siehe hierzu auch AntifaZ Nr. 27/91).

### Fazit:

Trotz der relativ geringen Beteiligung war die Beratung wichtig und notwendig. Allerdings fragten sich die Veranstalter, inwieweit Aufwand für Vorbereitung und Durchführung der Beratung nicht zu stark auseinanderklafften. Zwar kann davon ausgegangen werden, daß die Beratung im Kreis durchaus sehr bekannt geworden ist, allerdings ist bei verschiedenen Organisationen ein eindeutiges Nicht-Interesse an der Antifa-Arbeit zu sehen. Wie dies in Zukunft geändert werden kann, darauf wurde noch keine Antwort gefunden.

Positiv allerdings: Die anwesenden Gruppen zeigten übereinstimmend ein starkes Interesse, in Zukunft enger und überhaupt **zusammenzuarbeiten**, weil jede für sich die Erfahrung gemacht hat, nicht allzu viel bewegt zu haben.

Insofern war der Antifa-Ratschlag ein **Schritt nach vorn**.

## WIRD RATLOSIGKEIT ZUM PRINZIP ?

Freude über den Niedergang von Schönhubers Truppe wollte in unseren Kreisen im Lauf des letzten Jahres nicht so richtig aufkommen, und das hat durchaus seine Berechtigung. Aber es war nicht, wie manche hämisch mutmaßten, das Abhandenkommen eines lohnenden Feindbildes, das antifaschistische Hochstimmung vermieste. Es war die Erkenntnis, daß die Verhinderung einer parlamentarischen Etablierung faschistischer Kräfte auf breiter Ebene nicht einherging mit einer spürbaren Ausweitung antifaschistischen Bewußtseins und emanzipativer Stimmungen in der Gesellschaft. Im Gegenteil, rassistische und nationalistische Aspekte in der herrschenden Politik sind stärker hervorgetreten und bestimmen das politische Tagesgeschehen. Großdeutschland ist Realität, und Krieg wurde zur Norm.

In der ehemaligen DDR wählten laut "Spiegel" 7,4 Prozent der 18-25jährigen Männer die REPs. Nazibanden erhalten weiterhin Zuwachs. Rassistische Gewalttaten empfindet niemand mehr als Ausnahme. Anders als 1969, als die NPD knapp den Einzug in den Bundestag verpaßte, gibt es heute keine Anzeichen dafür, daß der organisierte Neofaschismus nach einer Wahlniederlage als nennenswerte Kraft für längere Zeit von der Bildfläche verschwindet.

### Rechte will "soziale Frage" besetzen

Oberflächlich bietet die extreme Rechte heute das Bild von Stagnation und Auflösung. Die REPs um Schönhuber leiden an Auszehrung. Neofaschistische wie rechtskonservative Gruppierungen haben die Partei verlassen. Die DSU in der Ex-DDR erfüllte ihre Rolle als Auffangbecken für Kräfte rechts von der CDU nicht. Die immer noch mitgliederstärkste DVU um Frey stützt sich im Westen hauptsächlich auf traditionelle Zusammenhänge, zieht weiterhin Großveranstaltungen ab und organisiert den Zulauf im Osten.

Die NPD befindet sich in einer Organisations- und Finanzkrise. Eine Strömung will das Bündnis mit der finanzstarken DVU fortsetzen. Der andere Teil will einen neuen Formierungsversuch der Rechten wagen und befürwortet ein Aufgehen in der "Deutschen Allianz". Der zurückgetretene Bundesvorsitzende Martin Mußnug möchte die eigene Partei zur Disposition stellen, der amtierende Übergangsvorsitzende Walter Bachmann sucht Schutz

und Hilfe bei Frey.

"Nation Europa", eine auf Interessensausgleich der rechten Parteien orientierte Vordenkerzeitschrift, führt die momentane Zerstrittenheit weniger

auf inhaltliche Differenzen zurück, sondern bemängelt vor allem die einer Neuformierung entgegenstehende "Trotzreaktion der Platzhirsche". Dies wird untermauert durch die Feststellung, gerade an der Haltung zum Golf-Krieg habe sich eine weitgehende inhaltliche Übereinstimmung in der Rechten bewiesen.

Von Kühnen bis Schönhuber feierten sie deutsche Waffenlieferungen an den Irak, nutzten den Golfkrieg für antisemitische Hetze und versuchten, sich im Interesse speziell "deutschen Soldatenbluts" gegen die Konkurrenzmacht USA zu profilieren. In rechten Blättern wird gleichzeitig gegen "jüdisch-amerikanische Verschwörung" und gegen die "islamische Bedrohung in Europa" gehetzt. "Abschied vom amerikanischen Jahrhundert", "Los von Amerika", "Gegen die amerikanische Weltordnung" - so und ähnlich lauten die Überschriften zum Kriegsgeschehen im Nahen Osten. Solidarität mit den arabischen Völkern wird nur vorgetäuscht, wo es dem angestrebten Nachweis dient, daß verschiedene Bevölkerungsgruppen nicht auf einem Raum zusammenleben könnten. Propaganda für Apartheid war das Kriegsziel der Rechten. Die Kritik an den USA dient dazu, eine eigenständige Weltmachtrolle für Deutschland und Europa einzuklagen. Antiimperialistisches und

antikapitalistisches Vokabular wird eingesetzt, um eine nationalistische Umdeutung sozial geprägter Konflikte zu ermöglichen.

Auch hinsichtlich der sozialen Misere in der BRD greifen die Rechten zunehmend zurück auf national"sozialistische" Denkmuster. Winfried Krauß, Vorsitzender der NPD-Fraktion in Frankfurt und aussichtsreicher Kandidat für den Bundesvorsitz der NPD, kritisiert beispielsweise die programmatische Beschränkung auf den Nationalkonservatismus und fordert, die soziale Frage müsse in der rechten Programmatik zur zentralen Frage werden: "Sozial Abgestiegene und Unterschichtenangehörige müssen angesprochen und politisiert werden...auch wenn dies bei Konservativen Naserümpfen hervorruft"(NE, Dez 90). Krauß befürwortet ausdrücklich ein Zusammengehen nationalkonservativer, nationalrevolutionärer und neofaschistischer Kräfte in einer Partei. Ansonsten spricht er sich für eine große Spannbreite in der zu bildenden Partei aus, in der Platz genug ist für eine wirksame soziale Demago-



gie. Es ist damit zu rechnen, daß sich faschistische Kräfte in Zukunft direkt einschalten in soziale Bewegungen. Rechtsradikale Sprengsel auf Friedensdemos in manchen Städten gaben darauf bereits einen Vorgeschmack. In Anspielung auf gewerkschaftliche Forderungen propagieren Rechte "Gleichen Lohn für deutsche Arbeiter in ganz Deutschland".

(Bernhard Strasdeit)

## KRIEG UND FLUCHT IN KURDISTAN

TÜRKEI/IRAK

- 500 000 Menschen schon vor Beginn des Golfkrieges geflohen
- In den letzten Tagen flohen: 300 000 Menschen der Stadt Diyarbakir (600 000 Einwohner) und 3/4 der Bewohner der grenznahen Städte Cizre & Silopi
- Alle relevanten Hospitäler & Überlandbusse vom türkischen Militär beschlagnahmt
- Frauen & Kinder & alte Menschen existieren hilflos in Winterkälte entlang den großen Landstraßen in Erdlöchern, Viehställen & im Freien.
- Türkische Regierung verhindert jegliche Schutzmaßnahme & selbst die minimalste Versorgung der Betroffenen

Während die Regierung in Ankara die durchaus erwünschte Entvölkerung Kurdistans auch dadurch fördert, daß ihre Armee die Felder der Vertriebenen mit Flammenwerfern & Bulldozern dauerhaft vernichtet, fliegen die in diesem Land stationierten NATO-Kampfbomber ihre tödlichen Einsätze auf die nord-irakische Kurdenstadt Zakho. Um denen, die dort im Sommer 1988 die Giftgasangriffe Saddam Husseins überlebten, im „Namen der Freiheit“ endgültig den Rest zu geben.

### „NEIN“ ZUR ZERSTÖRUNG KURDISTANS

Medico international hat nahe der irakisch-türkischen Grenze ein sofortiges Hilfsprogramm für die Flüchtlinge eröffnet.

HELFEN SIE UNS BITTE JETZT, DAMIT WIR  
RASCH & WIRKUNGSVOLL HELFEN KÖNNEN.  
STICHWORT: „Flüchtlingshilfe“ (Irak/Türkei)

Spendenkonten:

1800 bei der Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02)  
oder Postgiro Köln 6999 - 508



**medico**  
international

Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1  
Tel. 069-4990041

## ANTIFA-KALENDER 1992

**An alle AntifaschistInnen !**

Nachdem der **Antifaschistische Kalender 1991** so gut angekommen ist, ist gerade der für 1992 wieder in der Mache.

Wir, die Kalendergruppe '92 (Antifas aus verschiedenen Städten) sind daran interessiert, den Kalender im Seviceteil zu aktualisieren, d.h. wir wollen immer nur aktuelle Adressen drin haben. Also, falls Ihr im letzten Kalender nicht aufgeführt sein solltet, dann schickt uns Eure Kontaktadresse zu; falls sich was geändert hat, oder falls Ihr so drin bleiben wollt, schickt ebenfalls bitte 'ne kurze Nachricht.

Schreibt bitte auch dazu, unter welcher Adressenrubrik Ihr erscheinen wollt. Es gibt die folgenden Rubriken:

**Antifa-Adressen, Flüchtlingspolitikadressen, Infoläden und Zentren, Rechtshilfen und Ermittlungsausschüsse.**

Der Kalender '92 wird sich in mehreren Texten schwerpunktmäßig mit Rassismus/Faschismus in Bezug auf das Projekt "Festung Europa 92" beschäftigen. Aber es ist auch wieder Raum für eine Vielfalt an anderen Themen, u.a. "Antifaschistische Kulturfähigkeit", "Frauen in Antifa-Zusammenhängen", "Sicherheitsstaat", etc.

Falls Ihr noch Interesse habt, inhaltlich etwas im Kalender zu veröffentlichen, dann schickt es uns zu.

**Redaktionsschluß ist der 30. Mai.**

Und noch eine kurze Bitte: Wenn Ihr daran interessiert seid, den Kalender weiterzuverkaufen, dann bestellt bitte frühzeitig, damit wir die Auflagenhöhe besser kalkulieren können. Wir bieten den Kalender für alle, die bis zum 15.7. bezahlen, wieder zu einem **Subskriptionspreis von 8,50 DM** an (später 9,50 DM)/ ab 5 Stück 30% Rabatt/ab 50 Stück 35 %/ ab 100 Stück 40% . Bitte schickt ausreichend Porto mit!  
Der Kalender erscheint Ende August !

Ciao, Kalendergruppe '92  
c/o unrast  
Querstr. 2  
4400 Münster

### ANZEIGE

**AFRO  
LATIN  
MUSIC PUB**

**Café  
Cuba**

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:  
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:  
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

## JUGENDWEIHE IN DUISBURG

Was ist Jugendweihe und wie ist sie entstanden ?

Jugendweihe - darunter wird in erster Linie ein Gegenstück zur kirchlichen Konfirmation oder Kommunion verstanden. Daß die Jugendweihe darüber hinaus eine lange Tradition in der bürgerlichen Kultur und der Arbeiterbewegung hat, ist weitgehend unbekannt.

Aus diesem Grund möchte ich hier einen kurzen Abriß über die Entwicklung der Jugendweihe geben.

Als einen der ersten Vorläufer in der Geschichte kann man die im Jahre 1846 in Hamburg gegründete

"Deutsch-Katholische Gemeinde" betrachten. Diese Gemeinde wurde im Jahre 1853 vom damaligen Hamburger Senat wegen "Atheismus" verboten. Aus diesen "Deutsch-Katholiken" ist dann die "Freireligiöse Gemeinde" entstanden, die sich heute "Freie Humanisten" nennt.

Im Frühjahr 1882 wurde die "**Freidenker-Gesellschaft Hamburg**" gegründet. Zu ihren Mitgliedern gehörten zu einem großen Teil organisierte Arbeiter und Sozialisten. Sie hatten das Bedürfnis, ihre Kinder entsprechend ihrer Weltanschauung zu erziehen. Dem stand der religiöse Charakter des Unterrichts an den Schulen entgegen. Aus diesem Grunde wurde 1886 versucht, die Einrichtung von konfessionslosen Schulen zu erreichen, jedoch ohne Erfolg.

Zu diesem Zeitpunkt diskutierten die Mitglieder der "Freidenker-Gesellschaft" über die Einführung eines sittlichen Unterrichts für ihre Kinder. Dieser Jugendun-

terricht kam jedoch unter dem Sozialistengesetz nicht zustande, weil die treibende Kraft, **Johannes Wedde**, ausgewiesen wurde.

Hier noch einmal zur Erinnerung:

Das Sozialistengesetz wurde von Bismarck in den Reichstag eingebracht und 1878 verabschiedet. Es verbot alle sozialdemokratischen Einrichtungen und wies deren Parteiführer aus. Es wurde 1890 außer Kraft gesetzt.

Trotz alledem fand am 24. März 1890, noch unter dem Sozialistengesetz, die erste proletarische Jugendweihe in Hamburg statt.

Bis zum Jahre 1907 konnten die Jugendweihen oder Schulentlassungsfeiern nur unter großen Schwierigkeiten stattfinden, und zwar getarnt als Unterhaltungsabende oder Stiftungsfeste der "Freidenker-Gesellschaft". Denn die Angriffe der bürgerlichen und klerikalen Presse gegen diese Feiern mehrten sich, und die Polizei begann zu Anfang, diese Freidenker-Versammlungen aufzulösen, und später zu verbieten.

Nach Bildung des "**Zentralverbandes proletarischer Frei-**

**denker**" im Jahre 1908 ließ sich ein Ansteigen der Teilnehmer an den Jugendweihen feststellen. Im Laufe der Jahre wurde die Jugendweihe ein fester Bestandteil der Arbeiterbewegung. Dann kam das Jahr 1933, der **Machtantritt der Nationalsozialisten**. Die öffentlichen Jugendweihen wurden nach der Machtübernahme umgehend verboten. Viele Mitglieder aus dem Verband fielen dem Nationalsozialismus zum Opfer.

Im Jahre 1945, nachdem der Schrecken der Hitlerdiktatur und der zweite Weltkrieg ein

Ende gefunden hatten, trafen sich ehemalige Mitglieder des Freidenkerverbandes, um diesen wieder aufzubauen. Und so fand nach einer Neugründung des Verbandes im Jahre 1946 wieder die erste öffentliche Jugendweihe statt, also wesentlich früher als in der DDR.

Dort gehörte sie erst seit 1954 zur gesellschaftlichen Einrichtung. Aber die Bedeutung der Jugendweihe, wie sie sich dort entwickelt hatte, wird der Tradition und der Idee der Jugendweihe nicht gerecht.

## JUGENDWEIHE 1991

Für Jugendliche ohne religiöse Bindung findet die Jugendweihe am 30.6.1991 statt.  
Tel. Anmeldung bei  
Fritz Beuer  
Tel.: 02136/12350  
und bei  
Wolfgang Becker  
Tel.: 02843/2646.



## JUGENDWEIHE 1991

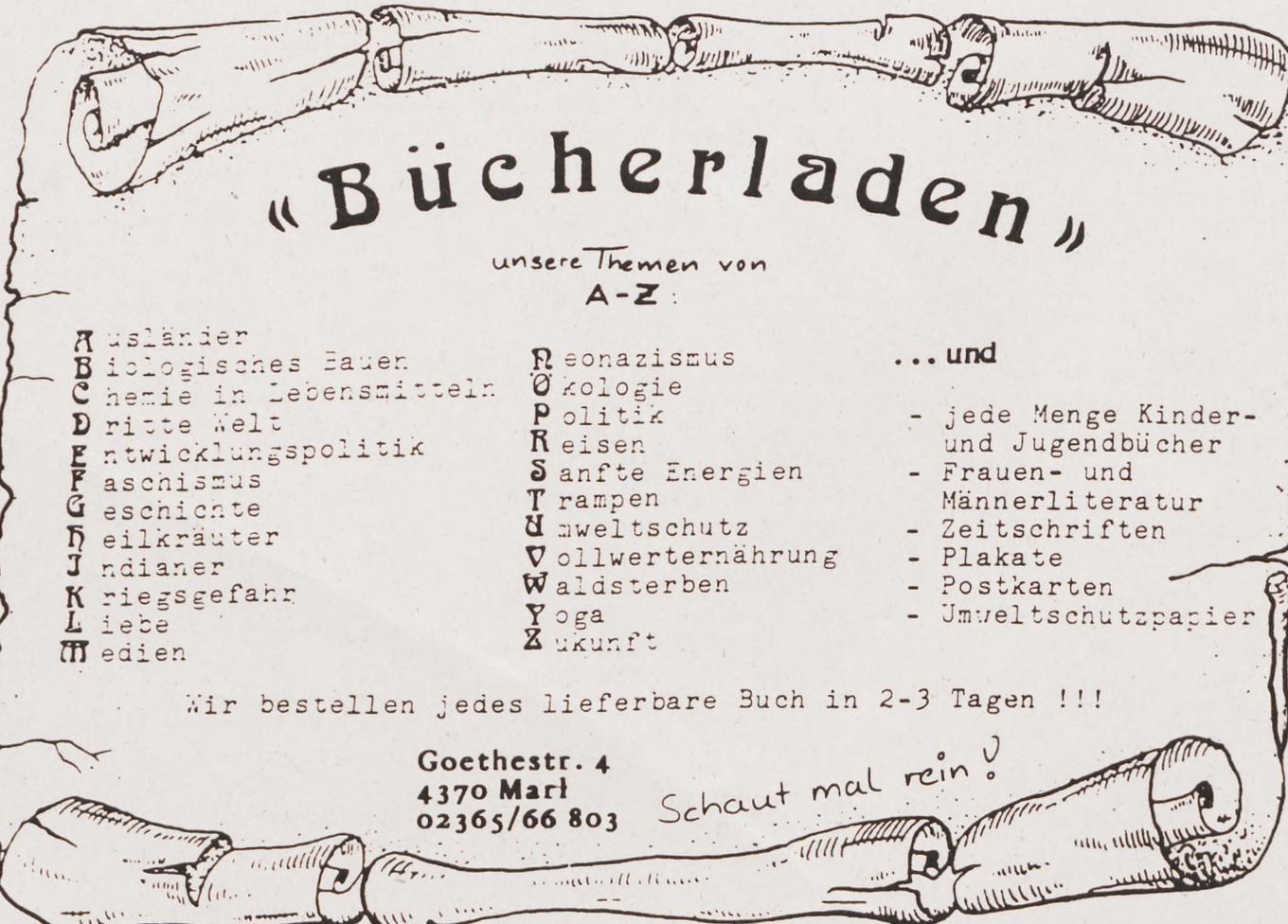
Im Vorbereitungskurs zur Jugendweihe wird über viele Dinge, die Euch bewegen, gesprochen, z.B. Sekten, Drogen, Religionen, Okkultismus, Sexualität, Umwelt, usw.  
Tel. Anmeldung bis 30.4.1991.



## Gemeinsame Aktionen der Roma-Unterstützergruppen NRW

Das landesweite Treffen von Unterstützerinitiativen für das Bleiberecht von Roma beschloß am 8.4., eine Unterschriftenaktion durchzuführen. Vornehmlich sollen Parteien, Verbände und andere Institutionen zur Unterstützung gewonnen werden. Die Forderung nach Bleiberecht wird aus der Verantwortung gegenüber den Opfern des Faschismus begründet: "Die demokratische Öffentlichkeit ist sich einig, daß Roma als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, die zudem von keinem Staat Schutz und Hilfe erfahren, ebenso wie Juden politisch, moralisch, aber auch juristisch ein Anrecht auf Aufnahme haben." Weitere geplante Aktivitäten: Eine landesweite **Demonstration in Köln**, die der Route der Roma-Deportationszüge folgen soll, ist für den **25. Mai 1991** geplant. Die NRW-Koordination nennt sich "Pro Roma", c/o ID Asyl, Obere Holtener Str. 28, 4100 Duisburg 11, Tel.: 0203/59 02 26.

## ANZEIGE



# „Bücherladen“

unsere Themen von  
A-Z:

Ausländer  
Biologisches Bauen  
Chemie in Lebensmitteln  
Dritte Welt  
Entwicklungspolitik  
Faschismus  
Geschichte  
Heilkräuter  
Indianer  
Kriegsgefahr  
Liebe  
Medien

Neonazismus  
Ökologie  
Politik  
Reisen  
Sanfte Energien  
Trampen  
Umweltschutz  
Vollwerternährung  
Waldsterben  
Yoga  
Zukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4  
4370 Marl  
02365/66 803

Schaut mal rein!

---



---

# LESERBRIEF

---



---

Weimar/Lahn, 9.4.91

Liebe AntifaZ-Redaktion!

Mich hat der Titel der letzten AntifaZ (zwei Kriegsoffer u. zerstörte Häuser zeigender Holzschnitt) erschreckt.

Gerade weil ich denke, daß es zu wenig über die vom (deutschen) Faschismus verwendete Terminologie gibt, möchte ich Euch dazu anhalten, demnächst nicht so fahrlässig mit Begriffen wie "Endsieg" umzugehen. Mit diesem Wort verbinden sich die ganzen Grausamkeiten des deutschen Faschismus, der nichts anderes kannte, als die **vollständige** Niederlage der angegriffenen Menschen, also Tod oder barbarische Sklaverei.

Eine antifaschistische Zeitung sollte diesen Begriff, auch nicht beschränkt auf die Opfer (wie der Titel suggeriert), nicht in Verbindung mit dem Golfkrieg bringen, auch wenn die USA ( und Co. ) einen extrem brutalen Krieg gegen die Menschen (nicht aber die Machthaber, die regieren weiter) geführt haben. Barbarei ist in unserer neuen, alten Weltordnung auch ohne Faschismus möglich.

Die Frage, inwieweit "Endsieg" **rein** faschistische Terminologie ist, ist dabei wohl uninteressant, da er einen starken historischen Bezug hat.

Liebe Grüße,

K. Schneider

---

## ABONNIERT DIE ANTIFAZ

Die ANTIFAZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und für AntifaschistInnen. Sie erscheint sechsmal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo .....24,- DM

Förderabo .....30,- DM

### Bestellung:

- durch Überweisung der Abogebühr auf das  
Konto Nr. 1 000 229 38  
BLZ 426 500 30  
Stadtsparkasse Recklinghausen

- durch schriftliche Bestellung bei  
Wolfgang Englisch  
Oerweg 28  
4350 Recklinghausen

Hiermit abonniere ich  
die Zeitschrift  
ANTIFAZ bis auf Wider-  
ruf.

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Anzeigenpreisliste:

1/2 Seite .....80,-DM

1/3 Seite .....60,-DM

1/4 Seite .....50,-DM

# TREFFEN EHEMALIGER HÄFTLINGE UND MOORSOLDATEN DER EMSLANDLAGER IN PAPENBURG

Gedenkveranstaltungen vom 8.-12. Mai 1991

Einladung zur Teilnahme an den öffentlichen Veranstaltungen:

Wir möchten interessierte Bürgerinnen und Bürger, Schulklassen und Gruppen recht herzlich zur Teilnahme an den öffentlichen Veranstaltungen vom 8. bis 12. Mai in **Papenburg** einladen!

Unser Wunsch, aber auch insbesondere der der ehemaligen Häftlinge ist es, daß dieses Treffen zu einer Begegnung zwischen unseren Gästen aus dem In- und Ausland und den Menschen aus dieser Region führt, die auch einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten kann.

Diese Begegnung mit Zeitzeugen, die in wenigen Jahren nicht mehr möglich sein wird, bietet zudem die Möglichkeit, einen Teil der jüngeren Geschichte durch persönliche Erlebnisberichte zu erfahren, umgemeinsam dafür zu wirken, daß sich diese Vergangenheit nicht wiederholen kann.

**Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ)**

## ANZEIGE

# Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •  
• 4350 Recklinghausen •  
• Tel. 02361-17002 •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00